

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 12. Januar 1904.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

#### Reklame - Socialpolitik.

Die erste Sitzung des heute wieder beginnenden Reichstages ist ein Reklametag des Centrums. Es steht dessen Interpellation zum Koalitionsrecht auf der Tagesordnung, die in Anknüpfung an die Februar-Erlasse die Reichsregierung befragt, ob sie bald einen Gesetzentwurf vorlegen wolle „betrüßend die Errihtung von öffentlich-rechtlichen Verhältnissen der Berufsvereine, insbesondere hinsichtlich der leichten Erlangung der Rechtsfähigkeit und der vollen Sicherung des Koalitionsrechtes“, und ob sie zweitens bald einen Gesetzentwurf vorlegen wolle „betrüßend die Errihtung einer geordneten Vertretung der Arbeiter (Arbeitskammern) zum freien und friedlichen Ausdruck ihrer Wünsche und Beschwerden auch gegenüber den Staatsbehörden“.

Die Interpellation stellt zwar die Frage der Rechtsfähigkeit der Berufsvereine in den Vordergrund, selbstverständlich wird aber dafür gesorgt werden, daß das Koalitionsrecht überhaupt in allen seinen Beziehungen erörtert, der gegenwärtige Unrechtszustand kritisch bloßgestellt und die Forderungen der Arbeiterklasse hinsichtlich des Koalitionsrechtes nach jeder Richtung energisch zum Ausdruck gebracht werden. Auf diesem Gebiete herrscht eine weitgehende Uebereinstimmung in der Arbeiterklasse. Auch diejenigen Teile der Arbeiterklasse, die sich leider noch immer als Stimmvieh bürgerlicher Parteien mißbrauchen lassen, die noch hinter Willkür geschmiegelt Schwaßereien einen greifbaren Kern von Arbeiterfreundlichkeit suchen und sich von Schädler und Hyge blauen Dunst vormachen lassen, erheben nachdrücklich eine Reihe von Forderungen, die alle Scharfmacher mit Wangen erfüllen. Eine Regierung, die ihr Ziel nicht auf die Gewalt stellt, würde sich beeilen, die mit so viel Königs- und Gottvertrauen vorgelegten Wünsche der längst in Frankfurt versammelt gewesenen Vertreter der „vaterländisch gesinnten“ Arbeiterklasse zu erfüllen. Denn wenn diese gutgesinnten Arbeitervertreter erklären, daß ihre Forderungen Mittel seien und erhoben werden, um der Verschärfung der Klassen-gegenstände und der wachsenden Verbitterung und Entfremdung zwischen Arbeiter und Unternehmer Einhalt zu thun, so dürfte ihnen in Erwägung ihrer Abhängigkeit unbedingt zugestimmt sein, im übrigen aber stimmen wir ihren Ansichten nach der negativen Seite gleichfalls zu: Die Rechtsfähigkeit der deutschen Arbeiter, für welche jeder Tag neue Beweise liefert, die der Kampf in Crimmitschau in geradezu bengalische Beleuchtung rückt, das sind allerdings recht wirksame Mittel zur Verbitterung und Entfremdung zwischen Arbeiter und Unternehmer, zur Verschärfung des Bewußtseins der Klassengegenstände. Die Erreichung der politischen und wirtschaftlichen Ziele der Socialdemokratie ist nicht abhängig von der Klugheit oder Einsichtslosigkeit der herrschenden Klassen und ihrer Regierung, aber ein wenig vertrauen wir doch der Einsichtslosigkeit der von der Industrie- und Agrar-Feudalen beherrschten Regierung, sie werde mit der bisherigen Konsequenz fortfahren, unsre Bemühungen um die Gewinnung der ganzen Arbeiterklasse für eine socialdemokratische Politik brad zu fördern und zu beschließen sein, auch die uns noch fernstehenden Arbeiter von der Notwendigkeit des Klassenkampfes zu überzeugen. Inwiefern ist das Centrum klug und treibt geschäftig Socialpolitik, schon aufgeputzt, innerlich aber hohl und leer.

Wir haben auf die Gewährung der Rechtsfähigkeit an die Berufsvereine nie das Hauptgewicht gelegt, trotzdem halten wir sie aus prinzipiellen und praktischen Gründen für erforderlich. Der gegenwärtige Zustand, daß die Verwaltungsbehörde gegen die Rechtsfähigkeit herbeiführende Eintragung nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch Einspruch erheben kann, widerspricht durchaus der Stellung, auf welche die Arbeiter im Staate Anspruch erheben müssen. Sie fordern mit Recht, daß ihre der Förderung ihrer Interessen dienenden Koalitionen jeden möglichen Rechtsschutz ohne weiteres in Anspruch nehmen können. Sie bedürfen der Rechtsfähigkeit aus praktischen Gründen. Ohne diese können sie nicht als Verein erwerben und nicht klagen, wohl aber können sie verklagt und in Konkurs erklärt werden (C. B. O. § 735, R. O. § 213). Daneben hatten aber sowohl die Vorstände wie alle Mitglieder als Gesamtschuldner unbefristet aus Rechtsgeschäften, welche sie im Namen des Vereins mit Dritten abschließen. Der Verband der Porzellanarbeiter hat es im Jahre 1901 um eignen Leibe erfahren, wie verhängnisvoll die Unfähigkeit zu erwerben und zu klagen einer Gewerkschaft werden kann. Nur einigen neben-sächlichen Zufälligkeiten — ein einsichtiger Richter und etwas Un-geschick der verlagten Partei — hat er es zu danken, daß er sein 116 000 M. betragendes Darvermögen gegen die Erben seines verstorbenen Kassierers Weg zu retten vermochte, trotzdem er bereits im Besitz der Depotscheine war. Und wäre der Kassierer gestorben, ehe er die Depotscheine für das bei der Reichsbank hinterlegte Geld an einen andern Verbandsbeamten auszuhandigen vermochte, dann wäre der Verband den Erben des Verstorbenen völlig auf Gnade und Ungnade überliefert gewesen, dann könnten ihm auch die erwähnten Zu-fälligkeiten nicht zu Hilfe kommen.

Andererseits sind die Bedingungen, denen ein eingetragener Verein auf Grund des Bürgerlichen Gesetzbuchs unterworfen ist, der-art, daß sich ihnen eine Gewerkschaft nicht unterwerfen kann; es handelt sich also nicht bloß darum, daß die Erlangung der Rechts-fähigkeit für die Gewerkschaften dem Willen der Verwaltungs-behörden entzogen wird, sondern daß die Rechtsfähigkeit gewährt wird unter Bedingungen, die das freie Walten der Gewerkschaft nicht beengen und sie nicht aktionsunfähig machen. Die Bedingungen des R. G. B. mögen allenfalls für reine Erwerbs- oder Unter-stützungsvereine erträglich sein, für eine Gewerkschaftsorganisation, die kämpfen muß um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen ihrer Mitglieder, sind sie untragbar. Ein Gesetz, durch welches den

Gewerkschaften die Erlangung der Rechtsfähigkeit ermöglicht wird, muß von solchen Bedingungen absehen, es muß sehr präzise gefaßt sein und seine Bestimmungen bedürfen, bevor wir ihm zustimmen können, der sorgfältigsten Prüfung auf ihre Auslegungsfähigkeit. Die Erfahrungen, die uns die Rechtsprechung aufgenötigt hat, mahnen zur Vorsicht. Zudem ist offenkundig, daß das Centrum mit der Forderung der Rechtsfähigkeit der Berufsvereine die ihm vertrauenden Arbeiter nicht nur nicht über die andren viel schwereren Mängel im Koalitions-recht hinwegführen möchte, sondern daß es die Gelegenheit sucht, durch das Mittel der Gewährung der Rechtsfähigkeit den Gewerkschaften einen Klappzaun anzulegen, sie den Unternehmern gegenüber mehr zu binden als bisher. Wohl hat das Centrum mehrmals Gesetzentwürfe beantragt, die sich darauf beschränkten, das Einspruchs-recht der Polizei gegen die Eintragung sowie die Vorschriften der Eintragung der Mitgliederlisten zu beseitigen, es im übrigen aber in der Hauptsache bei den Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs belassen, doch die von uns längst erst zitierten Aeußerungen Hieses bei der Notstands-debatte 1898 im Reichstage verraten, welche Erwartungen das Centrum wenn nicht an die ausdrücklichen Vorschriften, so doch an die Auslegung der Vorschriften knüpft. Es handelt sich bei den schwarzen Herren weit mehr darum, den Gewerkschaften Verant-wortlichkeiten aufzubürden, ihre Aktionsfähigkeit einzuschränken, sie in der Verwendung ihrer Fonds zu beschränken, und am Ende würde es recht angenehm empfunden werden, wenn die Gelder der Gewerkschaft von den Unternehmern nach dem Muster des englischen Taff - Thal - Entscheldes für Schadenersatz in Anspruch genommen werden könnten. Solche Auslegung des § 31 des Bürgerlichen Gesetzbuchs, der nach den früheren Centrumsanträgen unbedeutend bestehen bleiben soll und der auch in den jetzt wieder eingebrachten Gesetzentwurf der Freikundigen auf-genommen worden ist, wäre nicht schwieriger, wie die Anwendung des Nötigungs- und Erpressungs-Paragrafen auf Lohnforderungen der Arbeiter. Auch die englischen Gewerkschaften, die seit 1870 oder 1871 die Rechtsfähigkeit auf Grund besonderen Gesetzes besitzen, haben damals nicht daran gedacht, daß ihre Fonds durch Schaden-lagen der Unternehmer für Anwendung der zum Streik erforderlichen Maßregeln in Anspruch genommen werden könnten. Dennoch sehen sie sich heute in die Notwendigkeit verlegt, eine Veränderung des Gesetzes anzustreben, da das bestehende Gesetz so gegen sie aus-gelegt wird.

Einer solchen Möglichkeit muß von vornherein vorgebeugt werden. Ein Gesetz über die Berufsvereine, wenn es den Gewerkschaften nützen und unsre Zustimmung finden soll, muß also in diesem Punkte zweifellos sein. Ebenso sorgfältig muß es die Mög-lichkeit von Ansprüchen an das Vereinsvermögen für Mitglieder und zugleich die Klage auf Wiederaufnahme ausschließen, wenn solche wegen Streikbruch oder sonstiger die Interessen der Gewerkschaft verletzenden Handlungen ausgelassen wurden. Es darf nicht Vorschriften über die innere Verwaltung machen, darf vor allen Dingen die Gewerkschaften nicht in der freien Verfügung über ihre Geldmittel behindern. Dagegen ist unbedingt erforderlich, daß die Gewerkschaften von den bedrückenden Fesseln der einzelstaatlichen Vereinsrechte befreit werden. Ihre Rechte müssen klar umschrieben in den Schutz des Reichsgesetzes gestellt werden und jede dem einzelnen Bürger erlaubte Handlung muß auch den Arbeiterkoalitionen erlaubt sein. Eins glaubte man, es genüge, die vorher verbotene Koalition freizugeben, um den Arbeiter mit dem Unter-nehmer gleichzustellen und ihm zu gewähren, wessen er an Rechten bedarf unter der Herrschaft des freien Arbeits-vertrages. Wir haben inzwischen erfahren müssen, daß die Freigabe der Koalition zum Zwecke der Erlangung günstigerer Arbeitsbedingungen nicht einmal die Aufrechterhaltung bestehender Arbeitsbedingungen einschließt, obwohl an solche Auslegung bei Schaffung des jetzigen § 152 C. B. O. gewiß niemand gedacht hat. Es muß an Stelle der papiernen Koalitionsfreiheit ein Koalitionsrecht geschaffen werden, dessen Ausübung in allen Formen unter der Ge-währ des Reichsgesetzes steht und dessen gesetzwidrige Behinderung strafbar ist. Das Reichsgesetz muß deshalb auch allein maßgebend sein für eine etwaige Auflösung der Koalition wegen geschwinderiger Handlungen und die Auflösung darf nur in einem ordentlichen Ge-richtsverfahren möglich sein.

Da wir prinzipiell fordern, daß der Koalition oder dem Mit-gliede einer Koalition erlaubt sein muß, was dem einzelnen Bürger überhaupt erlaubt ist, daß Handlungen, die in Ausübung des Koalitionsrechtes begangen werden, nicht strafbar sein dürfen, wenn sie nicht gegen die allgemeinen Strafgesetze verstoßen, verlangen wir auch die glatte Abschaffung des Ausnahmestrafgesetzes, das in § 153 der Gewerbe-Ordnung gegeben ist, während der § 152 der Gewerbe-Ordnung entsprechend umgestaltet und erweitert werden muß. Es muß den Gewerkschaften jede Art Einwirkung auf das Arbeits-verhältnis und das öffentliche Leben gestattet werden, die nicht gegen die allgemeinen Strafgesetze verstößt. Daß wir diese Rechte nicht bloß für die gewerblichen männlichen Arbeiter, sondern für alle Arbeiter und Angestellten jeder Art und für beide Geschlechter fordern, ist selbstverständlich, um noch besonders erörtert zu werden.

Bei alledem haben wir nicht den Papieraberglauben, der einst das liberale deutsche Bürgertum von seinen papierernen Verfassungen Wunder erhoffen ließ; uns kann nur eine handfeste Gegenständlichkeit des Rechtes befriedigen. Auf die Handhabung der Gesetze kommt es an. Wir brauchen uns nicht bei der Aufzählung einzelner Fälle aufzuhalten; jede Nummer unsres Blattes, jede Nummer aller socialdemokratischen Parteizeitungen und jede Nummer unsrer Ge-werkschafts-Blätter ist angefüllt mit Thatsachen, berghoch ist das Material angeschwollen nicht bloß aus dem Gebiete des speziellen Arbeiterrechts, sondern des Rechts überhaupt, das die bittere Wirk-lichkeit des Klassenkampfes predigt. Klassenkampf ist das Kennzeichen

der Zeit und die Rechtsprechung ist ihm nicht minder unterworfen, wie alle sonstigen Einrichtungen der Gesellschaft. Wenn nicht die zum Schutze der Arbeiter erlassenen Gesetze gestiftet werden durch die Macht einer organisierten Arbeiterklasse, die nur auf sich selbst vertraut, dann nützen und die schönsten Schutzgesetze nichts. Sind doch die Gesetzesauslegungen und Gesetzesanwendungen, über die wir Tag für Tag zu klagen haben, ein deutliches Kennzeichen dafür, daß selbst die bestehende socialpolitische Gesetzgebung noch lange kein gesichertes Rechtsgut der Arbeiterklasse ist. Die Anwendung des Erpressungsparagrafen auf Arbeiter, die Lohnhöhungen fordern, die unzähligen Maßregeln gegen Streik-posten, die ebenso unzähligen Anwendungsformen des Paragrafen vom groben Unfug auf den gewerkschaftlichen und politischen Kampf, die grandiosen Anwendungen der Vereinsgesetze gegen die Arbeiter, die Auslegung so vieler Arbeiterschutz-Vorschriften entgegen den Ab-sichten, die bei ihrer Schaffung abzuwachten, die haarsträubenden schweren Beurteilungen von Arbeitern und ihrer Vorkämpfer im gewerkschaft-lichen und politischen Kampfe, was sind sie weiter, als redende Zeugen von der noch ungebrochenen Macht der herrschenden Klasse und das schönste Koalitionschutz-Gesetz, das schönste Koalitions-recht, das uns etwa ein Willkür im Bunde mit dem Centrum be-sichern möchte, es wäre wie weiches Wachs in den Händen einer arbeitfeindlichen, das Recht beherrschenden Macht. Das sollte be-sonders den Arbeitern eindringlich vorgehalten werden, die noch immer den Schwanz bürgerlicher Parteien abgeben, namentlich dem Centrum vertrauende Gefolgshaft leisten: selbst bei den be-stehenden Gesetzen wäre vieles nicht möglich, wenn den herrschenden Mächten das Interesse der Arbeiter-klasse wirklich am Herzen läge und das beste Koalitions-recht wird sich in der Praxis zu einem Schein ver-schieben, wenn die Arbeiter nicht selbst es zu schützen vermögen. Die herrschenden Parteien treiben nicht Socialpolitik aus Liebe zu den Arbeitern und im Interesse der Arbeiter, sondern weil sie fürchten, ihre Arbeiteranhänger könnten zur Socialdemokratie über-gehen. Und so lange noch Hunderttausende von Arbeitern hinter den falschen Arbeiterfreunden herlaufen und schöne Versprechungen oder auch papierne Gesetze für bares Recht nehmen, so lange werden diese Parteien mit bewundernder Geschäftigkeit socialpolitischen Dunst bereiten, der keinen Kern hat. Nicht eher, als bis die ganze Arbeiterklasse in einer geschlossenen Organisation selbst ihr Recht wahrnimmt, wird ihr das Recht werden; erst wenn der Einfluß der organisierten Arbeiterklasse das ganze öffentliche Leben durchdringt, wenn ihre Macht sich allen Organen und allen Institutionen des Staates fühlbar macht, erst dann werden wir eine lebendige an Stelle der geschwägigen Reklame - Social-politik haben.

#### Politische Uebersicht.

Berlin, den 11. Januar.

##### Wachstprobe!

Aus Dresden wird telegraphisch gemeldet: Das offiziöse „Dresdener Journal“ veröffentlicht den heute dem Landtage zugestellten Bericht des Geheimrat Roscher der Staatsregierung über das Ergebnis der von ihm am 4. Januar in Crimmitschau mit den dortigen Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer gepflogenen Besprechungen erstattet hat. Der Bericht legt zunächst eingehend die von den Arbeitern gemachten Vorschläge dar. Dieselben bezwecken in der Hauptsache Herabminderung der Arbeitszeit von 11 auf 10 1/2 Stunden, mit der Maßgabe, daß nach einem Jahre über etwaige weitere Herabminderung beraten werden soll, frühzeitigeren Schluß an Sonnabenden, allgemeine fünfprozentige Erhöhung der Akkord-löhne, Aufrechterhaltung der festen Wochenlöhne in bisheriger Höhe, Vereinheitlichung der Lohnberechnungen, Unterbleiben von Maßregelungen und Wiedereinstellung von Ausständigen u. Der Bericht fährt dann fort, diese Vorschläge seien in der Nachmittags-sitzung von den Unternehmern mit Entschiedenheit abgelehnt worden, denn in dem jetzigen Kampfe handle es sich nicht mehr um die Arbeitszeit und einzelne Wünsche, sondern um eine Wachstprobe. Daher seien auch die Unter-nehmer nicht darauf eingegangen, die Sache dem Gewerbegericht als Einigungsamt zu unterbreiten. Die Unter-nehmer würden von den Arbeitswilligen förmlich gebeten, den lediglich von einigen Führern der Socialdemokraten gestellten Forderungen jetzt nicht nachzugeben, da sie andernfalls dem Terrorismus der Führer schuldlos gegenüberstehen würden. Siege der Verband der Textilarbeiter in Crimmitschau, so werde einem andern Platz wohl dasselbe Schicksal bereitet werden. An sich seien die Unternehmer in Crimmitschau keine Gegner des Beschlusstages, hätten vielmehr die Arbeiterklasse dringend ermahnt, abzuwarten, ob nicht vielleicht von Reichswegen eine gesetzliche Regelung der Arbeitszeit für Frauen eintreten werde. Die Arbeitszeit in Crimmitschau be-trage ja heute schon meistens nur 10 1/2, und 10 1/4 Stunden. Berechtigte Wünsche der Arbeiter zu erfüllen, werde stets das erste Bestreben der Crimmitschauer Textilindustriellen sein. Aber an den Versuch einer Einigung zwischen den Vertretern der Arbeiter und den Unternehmern sei bei dem Verhalten der Arbeiter nicht zu denken und ein baldiges Ende des Kampfes sei daher zunächst leider nicht zu erhoffen. Der Bericht weist zum Schluß darauf hin, daß die Errichtung von Arbeiter-ausschüssen für jede einzelne Fabrik socialpolitisch ungemein wertvoll sei; sie sei die einfachste und natürlichste Organisation der Fabrikarbeiter, deren Wirken im Interesse der Erfüllung der Wünsche der Arbeiter das Verlangen nach einer großen Gemeinschaft der Arbeiter eines ganzen Industriezweiges herabmindere.

Diese telegraphische Mitteilung zeigt nicht deutlich, ob der Geheimrat Roscher seine eigene Meinung über die der Unternehmer auferzt, wenn er berichtet, daß bei dem Verhalten der Arbeiter eine Einigung ausgeschlossen sei. Sonst zeigt

#### Die Inertions-Gebühr

Beträgt für die schlagballende Solonazelle über deren Raum 40 Pfg. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 25 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (festgedruckte) Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inletale für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Gebühren für an Wochen-tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 6 Uhr nachmittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

auch dieser Bericht, so günstig er für das Crimittschauer Unternehmertum gefärbt ist, wer es ist, der die Nachtröbe will!

Lächerlich ist das Unternehmertum, daß die „Arbeitswilligen“ um Schutz vor zukünftigen Terrorismus der Arbeiter bitten. Deutlich und unzweideutig ist, daß die Arbeiter ernsthaft bereit sind zu Unterhandlungen, zur Einigung. Sind sie doch von ihrer wichtigsten Forderung, dem Zehnstundentag, erheblich zurückgegangen. Dagegen verharret das Unternehmertum in brutalem Hochmut und verweigert jede Verhandlung mit den Arbeitern, ja selbst vor dem Gewerbegericht!

Kein richtig Urteilender kann den leisesten Zweifel hegen, daß in Crimittschau alles Recht, alle Ordnung, alle Vernunft bei den Arbeitern, daß alles Unrecht, alle Herrschsucht, aller Terrorismus bei den Unternehmern ist! —

### Friedensansichten

sollen nach Petersburger Meldungen vorhanden sein.

Der „Rostocker Zeitung“ wird von Petersburger Korrespondenten unter dem 10. Januar telegraphiert: Amtliche russische wie japanische Axtelie fassen die Lage ruhig auf. Wie mir von beiden beteiligten Seiten berichtet wird, fehlen für die in der Presse des Auslandes zum Ausdruck gelangende Annahme, daß wegen der russischen Antwort an Japan der Ausbruch des Krieges bevorstehe, alle Voraussetzungen. Russischerseits wird nach wie vor erklärt, die russische Antwort sei verständlichen Sinnes und behande durch weitestgehendes Entgegenkommen den Wunsch nach beiderseits befriedigender Verständigung. Japanischerseits wurde heute Japans Antwort als nicht ganz unbefriedigend bezeichnet, woraus hervorgeht, daß man in Tokio die russische Note für erörterungsfähig hält und ihren Inhalt hauptsächlich als in gewissem Grade entgegenkommend ansieht. Man erhofft daher Japans Antwort als Grundlage für weitere Verhandlungen, durch die die Kriegsgefahr in weitere Ferne gerückt und die Aussicht auf eine friedliche Lösung wiedergegeben wird. Inzwischen rüsten allerdings beide Staaten eifrig weiter und verstärken ihre Stellungen. Wie man dem Korrespondenten mitgeteilt hat, erklärte die sibirische Bahnerwaltung, stets innerhalb von vier Wochen 75 000 Mann mit allem Zubehör nach Ostasien befördern zu können.

Rußland dementiert gleichzeitig Meldungen über Kriegsschiffbewegungen und Schiffsanläufe:

Wladiwostok, 10. Januar. Meldung der „Russischen Telegraphen-Agentur“: Die Meldung aus Tokio, daß die hier befindlichen Kriegsschiffe in See gegangen seien, ist unrichtig. Die in Wladiwostok überwinternden Kriegsschiffe „Gromobol“, „Mural“, „Wogatyr“, „Moffha“ und das Transportschiff „Lena“ befinden sich sämtlich auf der hiesigen Reede. Nur „Gromobol“ ging auf eine Uebung in See, kehrt jedoch nach zwei Tagen zurück. Es sind keinerlei besondere Kriegsvorbereitungen bemerkbar.

Petersburg, 11. Januar. Die „Russische Telegraphen-Agentur“ meldet: Infolge von Zeitungsnachrichten über ein Wettrennen Japans mit Japan im Anlauf von Kriegsschiffen und Dampfern bei verschiedenen Firmen und Regierungen sind wie ermächtigt mitzuteilen, daß das Marineministerium keine Absichten hat, irgendwelche ausländische Schiffe zu kaufen, und keine Unterhandlungen mit irgend jemand darüber geführt hat.

### Weniger optimistisch.

Wingen Meldungen:

Paris, 11. Januar. Die hiesige Ausgabe des „New York Herald“ meldet aus Petersburg: Heberall sind Anzeichen für einen nahe bevorstehenden Krieg vorhanden. Das 10. Armee-corp in Stärke von 37 000 Mann hat Befehl erhalten, nach der Mandchurerei abzugehen. An antlicher Stelle betrachtet man sich bereits als im Kriege mit Japan befindlich.

Söul, 11. Januar. Meldung der „Agence Havas“: Der japanische Gesandte hat im Palais wiederholt Schritte gethan, um den Kaiser von Korea zur Anerkennung des Protektorats Japans zu veranlassen. Seine Bemühungen sind bis jetzt ohne Erfolg geblieben. Die koreanische Regierung erklärt, sie halte sich an die Bestimmungen des russisch-japanischen Vertrages über Korea.

London, 11. Januar. („Bureau Voss“) In der jüngsten Sitzung des Petersburger Kabinetts zur Beratung der ostasiatischen Frage soll es, wie der Petersburger Korrespondent der „Morning Post“ aus ausgezeichneten Quellen melden können will, kühnlich zugegangen sein. Der Kabinettsrat habe einen dramatischen Verlauf genommen. Jar Nikolaus habe schließlich ausgesprochen: „Bin ich Kaiser von Rußland oder bin ich es nicht? Bin ich ein Friedenskaiser oder nicht?“ Danach habe der Jar an den Statthalter von Ostasien ein Telegramm geschickt, worin er ihn befehle, ohne direkten persönlichen Befehl vom Jaren keine Truppenbewegung oder irgendwelche andre Aktion zu unternehmen.

Zu schroffem Widerspruch zu dieser Meldung der „Morning Post“ steht ein dem Pariser „New York Herald“ zugegangenes Telegramm aus Petersburg, das heute in den Londoner Blättern erscheint.

Darin wird unter Berufung auf einen russischen Großfürsten und einen hochstehenden General mitgeteilt, der Jar habe nach langem Zögern endgültig beschlossen, die Frage, ob Krieg oder Frieden, gänzlich der Entscheidung des Statthalters Alexejew zu überlassen und ihn ermächtigt, zu einer irgend ihm geeignet scheinenden Zeit eine feindliche Aktion zu unternehmen.

### China als Puffer.

Peking, 9. Januar. Meldung des „Heuterschen Bureaus“. Der Kaiser hat die Handelsverträge mit Amerika und Japan ratifiziert. Nach den Vertragsbestimmungen ist China verpflichtet, Rußden, Antung und Tatunglan unmittelbar nach der Ratifikation der Verträge dem fremden Handel zu eröffnen.

Port Arthur, 10. Januar. (Meldung der „Russischen Telegraphen-Agentur“.) Amerika und Japan bestehen auf der sofortigen Ratifikation der Verträge mit China. Das chinesische Ministerium des Aeußern befindet sich im Hinblick auf die Wahrscheinlichkeit, daß Rußland nicht einwilligen wird, die Häfen der Mandchurerei zu öffnen, in einer schwierigen Lage.

### Deutsches Reich.

Der Reichstag nimmt seine Arbeit nach Ablauf der Ferien heute wieder auf. Vor dem Eintritt in die zweite Etatsberatung werden verschiedene aktuelle Fragen bei den Interpellationen behandelt werden, die von verschiedenen Parteien eingebracht sind. Nach der nur noch formalen endgültigen Präsidentschaftswahl steht als erste Interpellation die des Centrums auf der Tagesordnung, welche sich mit einem Teil der in unrem heutigen, Leitartikel behandelten socialpolitischen Angelegenheiten befaßt. Es ist möglich, daß sich eine erneute Erörterung der Vorgänge in Crimittschau schon bei dieser Gelegenheit einstellen wird. Diese Interpellation dürfte, gleichgültig wie die Regierung sich zu ihr stellt, sicherlich nicht in einem Verhandlungstage erledigt werden können. Es folgt dann die Beratung der socialdemokratischen Interpellation betr. Maßregeln gegen die Bummfrankheit in den Bergarbeiter Bezirken. Weiter folgen die national-liberalen Interpellationen über obligatorische Alters- und Invaliditätsversicherung der Handwerker und über den Zeugniszwang gegen Realkulture. Endlich die konservativ-agrarische Interpellation, in der die Regierung befragt wird, warum sie die Handelsverträge noch nicht genehmigt habe. —

### Zweierlei Centrumrecht.

Die Ausweisung des Reichstags-Abgeordneten Deffor aus Frankreich ist eine heimliche und unwürdige Maßregel der

französischen Regierung. Wenn die französische Regierung in ihrem Kampfe gegen den Socialismus sich durch einige Reden des Herrn Deffor irgendwie bedroht sieht, so ist das eine Belandung von Schwäche, die nicht einmal begründet ist. Aber so verwerflich das Verhalten der französischen Regierung ist, es giebt eine günstige Gelegenheit, wiederum die Gerechtigkeit zu erkennen, deren sich die Politik des deutschen Centrums zu rühmen pflegt. Die „Germania“ erklärt die Ausweisung als ein „Märendes politisches Ereignis“ in den Beziehungen Frankreichs zu Elsaß-Lothringen und führt weiter aus:

Es ist nicht allein eine Bräskierung, es ist vielmehr ein Hauptschlag ins Gesicht für alle Elässer, wenn die französische Regierung in dieser feindseligen gehässigen Weise einen Vertrauensmann des elsässischen Volkes, wie es der Herr Pfarrer Delfor als Abgeordneter unangeführt ist, vom französischen Boden als einen gefährlichen Ausländer ausweist. Ein solches Vorgehen kann selbstverständlich nicht ohne Rückwirkung auf die politischen Empfindungen der Elsaß-Lothringer bleiben. Es ist vielmehr geeignet, die letzten Sympathien für Frankreich, die aus einer jahrhundertelangen staatlichen Zusammengehörigkeit bis zu einem gewissen Grade noch immer erhalten geblieben sind, vollends zu vernichten.

Welche Töne das milde Centrumsgemüt findet, wenn es gilt, gegen ein Unrecht zu protestieren, das einem ihm benachbarten Politiker geschieht! Aber die Socialdemokratie hat daselbe ertragen müssen, was dem Centrumsfreunde jetzt zuzießt. Nicht nur, daß 1896 Nebel und Queb ebenfalls aus Frankreich ausgewiesen wurden, wegen Gefährdung der öffentlichen Sicherheit, ohne daß das Centrum sich irgendwie entrüstete, — hundertfältig schlimmer als die französische Regierung verfahren die preussische Regierung und andre Bundesregierungen Deutschlands gegen Ausländer. Der österreichische Socialdemokrat Dr. Ulenbogen, der dem Breslauer Parteitag unserer Partei beiwohnen wollte, wurde alsbald ausgewiesen; der englische Gewerkschaftsführer Tom Mann, der den Streik der Hamburger Hafenarbeiter beobachtet wollte, wurde ausgewiesen; Destreicher und Italiener, welche sich irgendwie an geistlich gestatteten Arbeiterbestrebungen in Preußen oder Sachsen beteiligen, werden aus dem Lande gejagt; Russen, welche sich von deutschen Anwesenheiten fernhalten und lediglich an Bestrebungen der russischen Freiheit mitwirken, werden ausgewiesen. Die Socialdemokratie hat diese Kulturhände der Ausweisungswirtschaft in ihrer Presse und im Reichstage oft aufgedeckt und zur Scham gezwungen. Aber das jetzt entrüstete Centrum war niemals zu finden! Das Centrum tobt gegen das vereinzelte Unrecht, das in einem Auslandsstaat einer der Seinigen erleidet, um das Kaiserrecht zu verteidigen, das der eigne Staat verübt, in dem das Centrum verantwortlich herrscht. —

### Die Geheimwege des „Reichsverbandes“.

Unser Parteiorgan in Köln ist in der Lage mitzuteilen, daß der „Reichsverband zur Bekämpfung der Socialdemokratie“ seine geheimen Druckereien in der Sachemischen Druckerei herstellt, das heißt im Geschäftsbetrieb der „Kölnischen Volkszeitung“. Sowohl das Programm und das Einladungscircular wie auch die Mitgliederliste sind in der Sachemischen Druckerei hergestellt worden und zwar unter Anwendung origineller Vorsichtsmaßregeln, damit nur ja das Geheimnis gewahrt bleibt. Ein Beispiel: In der Mitgliederliste, die an der Spitze den Vermerk „Vertraulich“ trägt, heißt es in der Ueberschrift: „Dem Anruf zur Begründung eines Verbandes zur Bekämpfung der Socialdemokratie sind bisher beigetreten“: (folgen die Namen). Bei Sachem hat man nun, um die Seker zu täuschen, statt Socialdemokratie „Anständigkeit“ gesetzt, und erst im Drucke, dem Geheimraum, wo Namen und dergleichen hergestellt werden, wurden die beiden Wörter ausgewechselt, jedoch wieder ungelezt, bevor der Satz in die Seker zurückwanderte.

Die „Köln. Volksztg.“ teilt nun mit, daß ihre Redaktion von diesem geheimen Druckervergange für den staatsretterischen Betteverband nichts gewußt habe, und die Vordruckerei N. V. Sachem rühmt sich in demselben Waite, das Geheimnis der Druckauftraggeber so sorgfältig bewahrt zu haben, daß die eigne Redaktion nichts davon erfahren konnte. Es zeigt sich, daß die Socialdemokratie erst die Redaktion der „Kölnischen Volkszeitung“ über das unterrichtete muß, was in der „Kölnischen Volkszeitung“ vor sich geht!

Die „Aheimische Zeitung“ teilt bei dieser Gelegenheit noch mit, daß die gedruckte Mitgliederliste des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Socialdemokratie, der nichts weiter als ein Scharfmaderverband ist, insgesamt 370 Namen aufweist, darunter 58 Landräte, 47 Kommerzienräte, 72 Reichstags- und Landtags-Abgeordnete. Auch zahlreiche Herrenhändler weist sie auf, darunter sogar Seine Durchlaucht den Prinzen Heinrich XXVIII. Reich j. L.

Die vier Genien des Herrenhauses. In dem neuen Berliner Herrenhause verständiglichen vier Marmorsfiguren die Tugenden der Wahrheit, Gerechtigkeit, Weisheit und Mäßigung. Mit diesen vier Vorzügen konnten die Herren schon, wie bekannt, zur Welt; denn ihre Abstammung schon befähigt sie zur herrenhändlerischen Gelehrigkeit.

Als neuer Vertreter für Wahrheit, Gerechtigkeit, Weisheit und Mäßigung wird übrigens der in militärischen Kreisen viel kritisierte Chef des Generalstabes Graf Schlieffen ins neue Haus einzichen. Er wird von dem Domkapitel in Brandenburg präsentiert, jener erlauchten Verforgungsanstalt, von dessen Bezügen u. a. auch Graf Billow bequem leben kann, wenn er seine Reichskanzler-Stelle einst verloren haben wird. —

Heber den Offiziersluxus schreibt die an der Spitze der Opposition gegen die neuen Offiziersentgelt stehende „Schlef. Ztg.“:

„All der Unzug ist neueren Datums! Früher war es nicht Brauch, daß der Leutenant seinen Obersten, der Regierungsrat seinen Oberpräsidenten zu Tische lud. Natürlich lebt man über seinen Stand und meistens auch über seine Mittel, wenn man den Wirt spielen und auf gleichem Fuße mit denen, die in einer besseren Lage sind, und sich Repräsentationspflichten einbildet bezw. Repräsentationsrechte anmahnt, die jenen standesgemäß zutommen und bei jenen auch schon im Budget vorgesehen sind. . . Wer einen Minister zu Tische hat, glaubt seinen Gästen besonders zu imponieren. Freilich hätten Staatsmänner etwas Besseres zu thun, als die Rolle von Tafelkassieren zu spielen, aber das ist Sache des Geschmades, und allzusehr vertragen darf man es ihnen nicht, wenn sie mit lächelnder Philosophie die Eitelkeit ihrer Rebermenschen befriedigen, die ihnen selbst doch schmeichelt. Minister bei Tische! Wer einmal die Sittengeschichte unserer Zeit schreibt, muß diese typische Erscheinung mit allen ihren sozialen Untergründen schildern, und den Minister beim Begrüßungsfest, bei der Grundsteinlegung, bei der Denkmalsweihe, bei den unzähligen Festen, die jetzt gefeiert werden. Denn was feiert man jetzt nicht alles? Ein Verein, der sein Wjähriges Stiftungsfest begeht, will seinen Minister dabei haben; das Deulmalakomitee, das zur Enthüllung schreibt, thut es nicht ohne Excellenzen und womöglich nicht ohne ein paar Prinzen. Noch nie haben die Deutschen soviel gefeiert, wie in der neuen Zeit, die in Wirklichkeit nur wenig Anlaß zum Feiern giebt und thatsächlich die wenigsten unter uns in Heerführung bereitet.“ —

Bohottierte Kunst. Wilhelm II. hat betont, daß er kein Freund der Mimmteinkunst ist; zu dieser Mimmteinkunst rechnet er insbesondere Künstler der Seccession.

Da nun die Seccessionisten offiziell bohottiert werden, haben sie sich in Weimar jüngst zu einem Bunde organisiert, der natürlich, wie das in deutschen Landen der Brauch, auch nicht des höchsten Mäcenatentums entraten zu können glaubt; es sind Kunstrevolutionäre mit einem Großherzog an der Spitze, nämlich dem Weimaraner.

Vor einer Woche berichtete die „Welt am Montag“, nach der Gründung des Bundes sei der Kultusminister im Auftrag Wilhelms II. nach Weimar gereist und habe den Großherzog zu veranlassen gesucht, doch nicht der Schäger der Mimmteinkunst zu werden. Der Großherzog habe sich aber für diese Vorstellungen nicht zugänglich gezeigt. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ erklärte darauf prompt die Meldung für erfunden. Wie richtig und erst die Dementis unseres Regierungsblattes aber sind, zeigen weitere Mitteilungen der „Welt am Montag“, aus denen hervorgeht, daß ihre erste Meldung allerdings falsch war; denn der Kultusminister war nicht seinem Amtszweckementen nicht nach, sondern vor der Gründung des Bundes in Weimar und seine Mission war, der Organisation der Seccessionisten Schwierigkeiten zu bereiten. Das hat Herr Studt nun allerdings nicht erreicht, aber ganz wirkungslos scheint seine Reise doch nicht gewesen zu sein; denn der Großherzog von Weimar hat bisher das Protektorat über den Seccessionistenbund nicht übernommen. —

Während der Stimmklappenpolyepa-Erkrankung hat der Kaiser sich, wie der „Lokal-Anzeiger“ jetzt verrät, mit argentinischen Kriegsschiffen beschäftigt, denselben, die jetzt Japan übernommen hat. Der Kaiser hatte die Geneser Schiffswerk, welche für Agentinnen die Schiffe baute, sich Pläne und Beschreibungen schicken lassen. Nach einer Weile schrieb Wilhelm II. einen Brief an den Generalconsul in Genua, der so beginnt:

„Brief erhalten, danke, freue mich, aus den Befolgen zu erfahren, daß mein Urteil, obgleich auf Studien unvollkommener Vorlagen gegründet, richtig ist, daß nämlich die beiden argentinischen Kreuzer den besten Typus gepanzelter Kreuzer darstellen, die gegenwärtig bei sämtlichen Marinen im Gebrauch sind, und daß Ansaldo mit diesen Konstruktionen ein großartiges Werk verrichtet hat.“

Centrum, „Simplicissimus“ und Staatsanwalt. Eine in ihrer Art wohl einzige Konfession ist nach den „Münchener Neuesten Nachrichten“ am Sonnabend von Seiten des Untersuchungsrichters am Landgericht I erfolgt. Sie bezieht sich auf die Specialnummer 42 des „Simplicissimus“, die sich „Das Centrum“ betitelt und erst am Dienstag erscheinen sollte. Nur durch Indiskretion soll es möglich gewesen sein, daß der Staatsanwalt vorzeitig in den Besitz der Nummer gelangt ist. Die Konfession erfolgte wegen eines angeblichen Vergehens wider die Religion. Der „Simplicissimus“ wird in Stuttgart gedruckt, die dortige Polizei hat durch Weisung der Münchener Behörde die vorhandenen Exemplare beschlagnahmt. Nach München sind keine Nummern gelangt. Die Münchener Polizei ist angewiesen, die von Stuttgart eintreffende Sendung abzufangen. —

Wegen Verleumdung der Unteroffiziere der Armee hatte sich der verantwortliche Redakteur des „Hamburger Echo“, Genosse Stengel, vor dem Landgericht Hamburg zu verantworten. In einer Sonntagsplauderei hatte das „Echo“ zur Zeit der Rekruteneinziehung eine Erklärung dafür zu geben gesucht, daß die jungen Leute nicht mit gar großer Freude in das Soldatenleben eintreten, und die Erklärung darin gefunden, daß ihnen „der Unteroffizier“ vor Augen stehe, der mit seinen Wackler-Augen sich der neuen Opfer treue, an denen er seine erzieherischen Gelfüste ausüben könne. Die „Hamburger Nachrichten“ und die „Kreuzzeitung“ demüthigten die Plauderei dem Kriegsminister, und Herr v. Einem stellte gleich in den ersten Tagen seiner Ministerialität Strafantrag. Der Staatsanwalt beantragte sechs Monate Gefängnis gegen St., das hohe Strafmaß damit begründend, daß weite Schichten durch derartige Artikel verhetzt würden. Das Gericht nahm an, in der Bezeichnung „der Unteroffizier“ liege eine Verallgemeinerung über den ganzen Stand, erkannte aber, wie schon gemeldet, auf 600 M. Geldstrafe, weil in der That recht viel Unteroffiziere in der letzten Zeit wegen recht großer Mißhandlungen von Untergebenen zu teils schweren Strafen verurteilt seien, worüber der Angeklagte wohl seiner Empörung hätte Ausdruck geben können. —

### Ein Landtagswahl-Prozess.

Am 20. November 1903 fand in der Schützenburg in Solingen die Wahl der drei Landtags-Abgeordneten für den Wahlkreis Solingen-Rheinisch-Benndig statt. Dabei fanden 800 national-liberal-freiwililigen Wahlmännern 229 socialdemokratische gegenüber; von den ersteren wählten 830, von den letzteren, denen die Beteiligung freigestellt worden war, nur 85. Als Wahlkommissar fungierte der Solinger Oberbürgermeister Dide, der nur Wahlmänner des national-liberal-freiwililigen Kompromisses in den Wahlvorstand berief. Der als Wahlmann anwesende Vorsitzende des socialdemokratischen Wahlkomitees, Redakteur Dittmann von der „Vergilischen Arbeiterstimme“ in Solingen, forderte Einzelabstimmung, Segenprobe und namentliche Abstimmung, welaem Verlangen der Wahlkommissar, mit Ausnahme des letzten Punktes, nachkam. Dann überreichte Dittmann mehrere Wahlproteste, die der Wahlkommissar zu den Akten legte, statt die Wahlmänner-Verammlung über sie abstimmen zu lassen. Genosse Dittmann protestierte gegen dies Vorgehen und verlangte Protokollierung seines Protestes, was der Wahlkommissar zurückwies. Darauf wickelte sich fünf Stunden lang im gleichen Eimerlei das eigentliche Wahlgelächst ab. Als die Wahlmänner zur nachträglichen Stimmabgabe aufgefordert worden waren, die beim Anruf gefehlt hatten, trat u. a. auch der socialdemokratische Wahlmann Strunt an den Wahlstisch und wählte statt der Parteikandidaten Kronz, Reiff und Scheidemann an erster Stelle einen Halbidioten Karl Schlenz, Tagelöhner in Solingen, an zweiter Stelle den Latrineneinigungs-Unternehmer a. D. Danielmeyer in Solingen und trat dann mit den Worten „Das genügt“ wieder ab. Kurz darauf gab ein zweiter socialdemokratischer Wahlmann, der Gastwirt Luß, seine Stimme für Schlenz und Danielmeyer ab und wollte offensichtlich noch einen dritten Namen nennen. Dazu kam er aber nicht, denn der Wahlkommissar, Oberbürgermeister Dide, sprang auf und rief erregt aus: „Ja habe die Ueberzeugung gewonnen, daß es diesem Wahlmann nicht darum zu thun ist, sein Wahlrecht auszuüben, sondern den Wahlvorstand zu verhöhnen“, dann folgte er hinzu: „Herr Polizei-Inspektor, führen Sie den Wahlmann aus dem Saale.“ Die liberalen Wahlmänner riefen „Gravo!“ die socialdemokratischen „Cho!“ Der Wahlkommissar verbat sich alle Weisfälle oder Mißfallensäußerungen. Dittmann trat nun auf den Wahlkommissar zu und protestierte gegen die Hinausweisung des Wahlmanns, da derselbe wählen könne, wen er wolle. Der Wahlkommissar, der zu Beginn der Wahl dem Genossen Dittmann nicht im geringsten das Recht des Einspruchs gegen seine Handlungen beschränkt hatte, schien sich jetzt als Diktator zu fühlen. Statt jeder Antwort rief er dem Polizei-Inspektor zu, auch den Genossen Dittmann hinauszuführen. Unter Protest verließ Dittmann schließlich den Saal, kehrte aber bald zurück und wurde nun ohne jeden weiteren Anlaß vom Wahlkommissar zum zweitenmal hinausgewiesen.

Diese Vorgänge wurden am nächsten Tage von Solinger Zeitungen besprochen, wobei sich die bürgerlichen Blätter auf die Seite des Wahlkommissars stellten, während Dittmann in der „Vergilischen Arbeiterstimme“ das Vorgehen des Wahlkommissars als ungesetzlich bezeichnete und auf einen argen Mangel an Kaltblütigkeit zurückführte. In der nächsten Nummer seines Blattes wehrte sich dann Dittmann in einem Artikel „Oberbürgermeister Dide und seine freiwilligen Zeitjournalisten“ gegen die Angriffe der bürgerlichen Presse. Dabei wies er den Vorwurf zurück, daß er und die beiden Wahlmänner, die für Schlenz und Danielmeyer gestimmt hatten, die Wahl gefälscht hätten. Die Störung sei lediglich durch den Wahlkommissar erfolgt, der den hinausgewiesenen Wahlmann mit Gewalt verhindert hätte, seine dritte Stimme abzugeben, ein Vergehen, das vom § 107 des Strafgesetzbuches mit Gefängnis nicht unter sechs Monaten bedroht werde, so daß Oberbürgermeister Dide, wenn Strafantrag gegen ihn gestellt würde und die Regierung nicht durch Erhebung des Konflicts für ihn einbringen würde, sich darauf gefaßt machen könne, sechs Monate hinter die schwedischen Gardinen zu wandern. Jedenfalls seien

objektiv die Kriterien des § 107 Str.-G.-B. gegeben, aber es sei in Preußen ja allerdings nicht dasselbe, wenn zwei dasselbe thun.

Durch diese Äußerungen fühlte sich Oberbürgermeister Dide beleidigt und stellte Strafantrag gegen den Genossen Dittmann. Am Freitag kam die Angelegenheit vor der 3. Strafkammer des Landgerichts Eberfeld zur Verhandlung. Der Vorsitz führte Landgerichtsrat Friedländer, der seiner Zeit zu den Richtern im Eberfelder Geheimbunds-Prozess gehörte; der Angeklagte wurde verteidigt durch Rechtsanwalt Wallach II. Essen. Oberbürgermeister Dide behauptete unter seinem Zeugeneide, er habe bei der einseitigen Besetzung des Wahlvorstandes gar nicht an das Vorhandensein sozialdemokratischer Wahlmänner gedacht. Die Beantwortung der vom Verteidiger gestellten Frage, ob er sonst einen oder zwei Sozialdemokraten mit vorgeschlagen haben würde, blieb ihm erspart, da das Gericht die Frage als unzulässig zurückwies. Der Oberbürgermeister behauptete weiter, ihm sei am Wahltag im Laufe des Nachmittags mitgeteilt worden, daß er und der neben ihm sitzende Kommerzienrat Coppel zusammen mit Schlenz und Danielmeyer gewählt werden sollten. Er habe daher zum Polizei-Inspektor geschickt und denselben im Vorraum des Wahllokals warten lassen. Als dann der erste Wahlmann Schlenz und Danielmeyer gewählt habe, habe er das für einen „argen Anflug“ gehalten und den Polizei-Inspektor in den Saal kommen lassen. Als dann ein zweiter Wahlmann ebenfalls gewählt, habe er denselben durch den Polizei-Inspektor hinausweisen lassen, weil er in der Stimmabgabe eine „Verhöhnung des Wahlvorganges, der staatlichen Autorität und des ganzen staatlichen Apparats“ erblickt habe. Daß der betreffende Wahlmann noch eine dritte Stimme abgeben wollte, habe er nach Lage der Dinge nicht angenommen. Der als Zeuge vernommene Protokollführer bei der Wahl, Bankier Triebich in Solingen, hat denselben Eindruck gehabt wie der Wahlkommissar, befandete aber, daß sich die Wahlmänner bei der Stimmabgabe durchaus ruhig verhalten hätten. Der Zeuge Schneidermeister Strunk in Solingen erklärte, daß er und der Wahlmann Lutz sich verabredet hätten, in ihrer Stimmabgabe das Dreiklassen-Wahlrecht zu pervertieren, da sie es für widerständig, ungerecht und veraltet hielten. Daber hätten sie den Halbidioten Schlenz, den Latinenreinigungs-Unternehmer Danielmeyer und den Althändler Coopmann wählen wollen. Damit hätten sie sagen wollen: Dies Wahlrecht ist für Idioten, dies Wahlrecht gehört in die Latrine, dies Wahlrecht gehört zum alten Teufel! Tugendwelche Personen hätten sie nicht verhöhnen, sondern nur das Wahlrecht brandmarken wollen. Als er, der Zeuge, den zweiten Namen genannt, habe der Wahlkommissar zu einem der Umstehenden gesagt: „Gehen Sie den Polizei-Inspektor!“ Trotzdem er sich im Recht gewußt, habe er als stadtbekanntes Person den Eklat vermeiden wollen, von der Polizei abgeführt zu werden und sich Hänseleien auszusuchen. Daher habe er darauf verzichtet, den dritten Namen zu nennen, indem er mit den Worten: „Das genügt“ wieder abgetreten sei. Der Gastwirt Lutz in Solingen sagte in demselben Sinne aus und bestätigte, daß er gleichfalls die beste Absicht hatte, außer Schlenz und Danielmeyer noch Coopmann zu wählen, aber durch seine vom Wahlkommissar verfügte Hinansweisung daran gehindert worden sei. Die weitere Beweisaufnahme ergab keine neuen Momente.

Der Staatsanwalt Dr. Mey suchte das Vorgehen des Wahlkommissars als korrekt hinzustellen, da derselbe für den ordnungsmäßigen Verlauf der Wahlhandlung verantwortlich gewesen sei und mit Recht in der Stimmabgabe der beiden Wahlmänner eine Störung der Wahl erblickt habe. Er beantragte eine Geldstrafe von 600 M. und Publikation des Urteils in sämtlichen Solinger Blättern, in der „Freien Presse“ in Eberfeld, im „Vorwärts“ und andern geeignet erscheinenden Zeitungen. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Wallach II. Essen wies zunächst auf die Gefährdung des infirmierten Artikels hin, der eine provokative Antwort gegen die bürgerliche Presse darstelle. Dem Angeklagten stehe in doppelter Hinsicht der Satz des § 193 des Strafgesetzbuchs zu, einmal, weil er von der Presse angegriffen, dann aber auch, weil er vom Wahlkommissar zu Unrecht aus dem Saal gewiesen sei und ein berechtigtes persönliches Interesse wahrnahm, indem er sich gegen beides der Öffentlichkeit gegenüber rechtfertigte. Zudem sei in der Verhandlung erwiesen, daß der Wahlkommissar tatsächlich den einen Wahlmann durch Bedrohung, den andern durch Anwendung von Gewalt an der völligen Ausübung ihres Stimmrechts verhindert habe. Objektiv seien dadurch die Kriterien des § 107 des Strafgesetzbuchs gegeben, wie der Angeklagte behauptet hatte, wenn dem Wahlkommissar eventuell auch vom Gericht geglaubt werden würde, daß er der Meinung war, der zweite Wahlmann wolle keinen dritten mehr wählen. Der Angeklagte habe sich vollständig korrekt verhalten, er hätte das Recht gehabt, gegen Ungehörlichkeiten des Wahlkommissars Einspruch zu erheben, und dieser habe ihn deswegen nicht aus dem Saal weisen dürfen. Ebenso seien die Wahlmänner Strunk und Lutz vollkommen gefesselt vorgegangen. Sie könnten wählen, wenn sie wollten, auch einen Latinenreinigungs-Unternehmer; das sei gesetzlich durchaus zulässig. Auf den § 31 des Wahlreglements und dessen Erläuterung durch den Ministerialerlass vom 9. September könne sich der Wahlkommissar nicht berufen, denn dort heiße es, der Wahlkommissar solle mit den „gesetzlich zulässigen Mitteln“ seine Anordnungen in Vollzug setzen, hier sei der Wahlkommissar aber ungesetzlich vorgegangen. Der Angeklagte hätte seine Vorwürfe gegen den Wahlkommissar bona fide unter dem Schutze des § 193 des Strafgesetzbuchs erhoben und daher rechtfertigt sich seine Freisprechung. Der Angeklagte, Genosse Dittmann, ergänzte die Ausführungen seines Verteidigers noch kurz durch den Hinweis, daß die Motive des Wählers keiner Begünstigung des Wahlvorsitzers unterliegen. Hier habe es sich um die Bedrohung des Prinzipes der Wahlfreiheit gehandelt, denn wenn Stimmen zurückgewiesen werden könnten, weil mit ihrer Abgabe angeblich jemand verhöhnt werden solle, so sei es nur ein kleiner Schritt, Stimmen mit der Motivierung zurückzuweisen, daß mit ihrer Abgabe auf einen „Umsturz des Staates“ hingewirkt werden solle, während das Wahlrecht der „Erhaltung des Staates“ diene. In solchen prinzipiellen Fragen gelte das Sprichwort, daß man dem Teufel nicht den kleinen Finger geben dürfe, weil er bald die ganze Hand nehmen würde. Aus diesen prinzipiellen Bedenken habe er sofort gegen das Vorgehen des Wahlkommissars protestiert.

Nach halbständiger Beratung verbandete der Vorsitzende das Urteil. Es lautete auf 300 M. Geldstrafe event. 30 Tage Gefängnis und Publikation in drei Solinger Zeitungen. Nach der Aussage des Oberbürgermeisters Dide könne davon keine Rede sein, daß er Wahlmänner gehindert habe, ihre Stimme abzugeben, das sei weder objektiv noch subjektiv erwiesen. Der Oberbürgermeister habe lediglich seine Pflicht getan, indem er, der zur Wahrung der Ordnung berufen war, die staatliche Autorität wahrte und den Wahlmann hinausbringen ließ. Der Satz des § 193 des Strafgesetzbuchs sei dem Angeklagten allerdings zugunsten, da einestheils die Wahlregelung, dann die persönliche Hinansweisung des Angeklagten und schließlich die Angriffe der bürgerlichen Presse gegen ihn strafmildernd in Betracht zu ziehen seien.

Es giebt keine Bestimmung im preussischen Wahlgesetz, die dem Wahlkommissar eine Befugnis zuerleiht, wie sie der Oberbürgermeister Dide sich angeeignet hat und wie sie das Landgericht in Eberfeld anerkennt. Eine solche Bestimmung kann es nicht geben, da sie den ordnungsmäßigen Verlauf der Wahlhandlung unmöglich machen würde. Die durch den Oberbürgermeister hinausgewiesenen Wahlmänner hatten das Recht, an der Wahlhandlung weiter teilzunehmen, das Gesetz fordert die Möglichkeit für alle Wahlmänner, an allen Teilen der Wahlhandlung mitzuwirken. Die Vollmacht des Wahlkommissars ist darauf beschränkt, Ordnungsmäßigkeiten gegen Wahlmänner zu verfügen, welche die Wahl hindern. Die Hinansweisung von Wahlmännern, die in der Ausübung ihres Wahlrechts angeblich den Wahlvorstand beleidigen oder die staatliche Autorität herabsetzen, ist ungesetzlich, und die Verurteilung desjenigen, der gegen die ihm widerfahrene Ungehörlichkeit öffentlichen Protest erhebt, bedeutet eine schwere Rechtskränkung.

## Ausland.

### Beschlimmen über den Fall Millerand.

Paris, 10. Januar. (Fig. Ver.) Millerands Ausschluß aus der P. S. F. bildet hier das wichtigste Ereignis der letzten Woche und wurde in der Presse eingehend besprochen. Freilich die Urteile der bürgerlichen Blätter sind fast durchweg von Sachkenntnis ganz ungerührt. Die Socialistenreformer mit dem „Temps“ an der Spitze suchen außerdem das Ereignis gegen den Socialismus überhaupt auszusprechen, insbesondere gegen dessen „Vaterlandslosigkeit“ und „kirchlich-dogmatischen“ Fanatismus, wobei sie sich in letzterer Hinsicht allerdings auf das „dogmatisch-feindliche“ Sentenz-Gericht-Richards berufen können. Die socialistenfreundlichen radikalen Zeitungen schießen ihrerseits daneben, weil sie für den proletarischen Klassenkampf ein noch geringeres Verständnis besitzen als die ministeriellen Socialisten. Sie beurteilen das Ereignis — freilich ebenfalls nach dem Muster ihrer ministeriell-socialistischen Bundesgenossen — im höchsten Maße des angebliebenen Gegensatzes zwischen Reformen und Revolution. Als ob die antisocialistischen und antiproletarischen Abstimmungen von Millerand, Jaurès und Genossen im Interesse irgendwelcher Reformen erfolgt wären und nicht gerade umgekehrt die konservative Aufrechterhaltung der bürgerlichen Gesellschaft bezw. sogar einiger ihrer schlimmsten Auswüchse zur objektiven Folge gehabt hätten.

Im einzelnen sei hervorgehoben das Urteil Clemenceaus in der „Aurore“. Dasselbe ist immerhin insofern zutreffend, als es Millerand und namentlich Jaurès zur logischen und politischen Folgerichtigkeit ermahnt, und zwar im Sinne ihres förmlichen Zusammenschlusses mit den bürgerlichen Radikalen in einer Partei: Clemenceau wünscht die Begründung einer großen Partei politischer und sozialer Reformen, in der sich Radikale und reformerische Socialisten, ohne sich zu verschmelzen, für die Aktion vereinigen würden. Millerand ist dieser Versuch mißlungen, aber er hat wahrlich sein Bestes getan, um den Erfolg zu verhindern. Wird Jaurès glücklicher sein? Er möchte sich entschließen, nicht mehr in der Vorhut zu stehen oder vielmehr nicht mehr sich diesen Anschein zu geben und den reinen Revolutionären die einzige noch mögliche Rolle zu überlassen, die Erreger der reformatorischen Energie bei unserer republikanischen Regierung zu sein. ... Ferner warnt Clemenceau Jaurès, sich durch ein längeres Beharren in seiner zweifelhafte Stellung Millerands Schicksal anzuziehen.

Die sich socialistisch nennende opportunistische Zeitung „Action“ giebt ein unfreiwillig-heiters Urteil ab, das ein trauriges Bild wirft auf die dank dem Ministerium wieder, wie vor 10—15 Jahren, verfallene Lage des französischen Socialismus; Millerand könne sich noch seiner Ausschließung damit trösten, daß er wie der Redakteur der „Action“ nunmehr zu den Reichen des — „Allerwelts-Socialismus“ gehöre. ...

Ebenso beachtenswert wie zutreffend ist die Meinungsäußerung des Centralorgans der revolutionär-socialistischen P. S. de F., „Socialiste“, das dem Vorfalle drei Entschlüsse widmet. Genosse Dubreuilh betont zunächst den organischen Widerspruch, der die ministerielle Partei notwendig zur fortwährenden Zerstückelung verdammt. Der Widerspruch liege darin, daß die ministeriell-socialistische Jähreschaft sich auf proletarische Truppen zu stützen suche. Daher die immer sich erneuernden Proteste und Erhebungen der letzteren gegen die erstere. Millerand habe dafür endlich die Jede bejahen müssen, wenn auch unter einem zufälligen Vorwand. ... Aber Millerand ist und kann nur sein das erste Sühnopfer. Die Frage ist durch seinen Weggang nicht gelöst. Die Kameraden, die er in der (ministeriell-socialistischen) Kammerfraktion verläßt, sind von demselben Geiste durchdrungen. ... Sie können ebensowenig wie er die wirksame Kontrolle einer Partei betragen, die Massenintendenzen organisierter Arbeiter vertreten.“ Dabei sei es Millerand, der auf seiner Seite die Dolmetscherei und die Methode der P. S. F. habe, die im Gegensatz stehen zum eigentlichen Wesen des internationalen revolutionären Socialismus. Jaurès und die andern würden ihm nachfolgen müssen, gleichviel ob sie die Ausschließung treffen sollte oder nicht, sobald sie persönlich und offiziell an der Regierung teilnehmen wollten.

Genosse Prade erwidert in der Ausschließung ein solches Manöver, darauf berechnet, den Jörn der neuen Gefolgschaft der Ministeriellen von der ministeriell-socialistischen Politik und ihren Vertretern auf eine einzelne Person abzulenkten. Die Radiken merken nicht, daß ein Unterschied zwischen Millerand und den andern machen so viel heiße wie die ganze bürgerlich-socialistische Karteipolitik nebst den besonderen skandalösen Abstimmungen der Fraktion billigen. „Die Schlänen benutzten diese Gesetzesverfassung (der Radiken), um an eine „Säuberung“ der Partei glauben zu machen, damit dessen man dann die Jaurès und die andern Genossen vom Ministerium in Ruhe lassen wird.“ Im gleichen Sinne urteilt Genosse Rappoport: „Die Ausschließung Millerands, die die Amnestierung von Jaurès einschließt, ist ein Akt von seltener, man kann sagen, neu-methodischer — Tapferkeit. Wenn man an altem Jaurèsismus laboriert, ist es einigermassen ungeschickt, in hyperaktiven Anti-Millerandismus zu verfallen.“

Endlich sei erwähnt die Meinungsäußerung des „Socialiste Ardennais“, des linksstehenden Organs der jaurèsistischen Ardennen-Föderation. Im Gegensatz zu den allermeisten Vertretern des linken Flügels der P. S. F. beurteilt der leitende Redakteur des Blattes, Genosse Barde, die Ausschließung Millerands recht pessimistisch: „Wird das die P. S. F. vom Reformismus heilen? Wir werden es ja bald sehen, aber rechnen wir darauf nicht zu sehr.“

## Oesterreich-Ungarn.

### Ueber den Dreibund.

verhandelte der Budgetausschuß der österreichischen Delegation bei Erörterung des Vorschlags des Ministeriums des Neuen. Nachdem der Berichterstatter Vacanuehem die Verhandlungen eingeleitet hatte, ergreift Delegierter Kramarz das Wort und erklärte, die freudige Bereitschaft über die Erneuerung des Dreibundes habe kaum jemand besonders aufgeregt, und der Minister des Auswärtigen habe offenbar die Bedeutung dieses weltgeschichtlichen Ereignisses etwas heben und unterstreichen wollen. Er (Kramarz) glaube, daß die ernsten Gegner des Dreibundes es gar nicht der Mühe für wert hielten, durch scharfe Bekämpfung seine geringe Bedeutung für die gegenwärtige und auch künftige Politik des österreichischen Staates zu heben. Ein solcher rhetorischer Aufzug in der Rede des Ministers des Neuen verirrte aber einfache Gemüter dermaßen, daß zum Beispiel der preussische Kritiker der österreichischen Mächte zu ver-langen wagte, deutsche Kavallerie-Offiziere seien den österreichischen Kavallerie-Männern zuzuziehen, damit sie das östliche Gelände besser kennen lernten. Die Herren schienen wirklich die Entwicklung der letzten Jahre ganz und gar verhasst zu haben. Sonst müßten sie doch wissen, daß solche Anspielungen des österreichischen Decrees wohl früher möglich waren, zu der Zeit, wo man mit dem Dreibunde einen wahren Götzendienst trieb, daß sie jedoch in die heutige Lage nicht hineinpassen. „Gott sei Dank“, fuhr der Redner fort, „wir stehen nicht mehr unter dem Joch der Gegnerschaft zu Ausland, und solche Intimitäten mit den preussischen Offizieren mit einer direkten Spitze gegen Ausland wären zwar wohl nach dem Berliner Gesandtschaft, aber für die österreichische Politik sind sie wohl für die Zukunft undenkbar. Delegierter Schönborn hebt den guten Eindruck hervor, den die Befestigung und die Vertiefung des guten Ein-vernehmens mit Ausland gemacht hätten, erkennt die Bemühungen Goltzowskis um die guten Beziehungen mit den allierten andern Mächten dankbar an und weist auf die charakteristische Annäherung der europäischen Staaten hin, die nicht miteinander in einem Alliance-Verhältnis stehen, namentlich auf die zwischen England und Frankreich. Er empfiehlt die ausgiebige Pflege und Vertiefung der österreichisch-ungarischen Beziehungen zu Frankreich, wo die Sympathien für Oesterreich-Ungarn im Parlament neuerlich zum Ausdruck gekommen seien, und eine weitere Ausgestaltung der inter-

nationalen Schiedsgerichte. — Delegierter Sanderic erklärt: Die Erneuerung des Dreibundes, der durch die österreichisch-russische Eintracht bedeutend an Aktualität eingetribt habe, habe er, Redner, gleichmäßig zur Kenntnis genommen. — Delegierter Schuster drückt seine Befriedigung aus über die Erneuerung des Dreibundes.

## Schweiz.

### Die Schwach der politischen Polizei.

Zürich, 7. Januar. (Fig. Ver.) Wir berichteten jüngst über die Gefährdung der elenden Mächte der politischen Polizei durch unsere Genossen Greulich im Züricher Kantonsrat und im schweizerischen Nationalrat. Nun ist das „Vollrecht“ in der Lage, einen Beitrag zu der die Schwach erniedrigenden Schwach der politischen Polizei zu leisten. Danach hat der Züricher Polizeihauptmann Rappold einen gewissen Rejzer Jollinger aus Saarbrücken, der seit Oktober 1901 als Polizeipolizist im Dienste der preussischen Polizei steht und der sich in Zürich an die organisierten Arbeiter herandrängte, um ihnen das Berliner Anarchistenblatt „Neues Leben“ und andre anarchische Zeitungen zu verkaufen, aus in seine Dienste genommen. Seit mehr als zwei Jahren liefert dieser preussische Spindel dem Züricher Polizeikommando wöchentliche Berichte über die gesamte zürcherische Arbeiterbewegung und dafür wurde er aus der Bundeskasse bezahlt. „Die Berichte dieses bezahlten Polizeipolizisten bildet die Grundlage für die Tätigkeit der politischen Polizei.“

Das sind traurige, die demokratische Republik schändende Zustände, deren Bekämpfung bis jetzt nur die sozialdemokratische Partei und ihre Presse besorgt. Ob nun nach den vorstehenden Enthüllungen auch in bürgerlichen Kreisen die Scham sich regen und die Sozialdemokratie in ihrem Kampfe gegen die Schwach des Landes unterstützen werden? Viel Hoffnung darauf haben wir nicht. Voraussichtlich wird die neueste Spindelentdeckung von der Sozialdemokratie im Kantonsrat zur Sprache gebracht werden. —

## Frankreich.

Eine Manifestation gegen die Militärjustiz hat die Liga für die Verleibung der Soldaten für den 13. Januar beschlossen. In diesem Tage sind es fünf Jahre, seitdem Emile Zola seinen berühmten offenen Brief: „J'accuse“, der sich bekanntlich gegen die verrottete Militärjustiz wendete, veröffentlichte. Am 13. Januar nun soll der Kriegsminister eine Hoopflust von illustrierten Postkarten erhalten, durch welche Tausende und Abertausende von Staatsbürgern ihren Protest gegen die Militärgerichte ausprechen. In dieser originellen Kundgebung beteiligen sich die Ligen der Menschrechte sowie socialistische und Freidenker-Gruppen. —

## England.

Die gelbe Gefahr. Die Goldminenbesitzer von Transvaal behaupten bekanntlich, daß sie ohne die Zulassung chinesischer Sklavis nicht auskommen könnten; die in Südafrika vorhandenen Arbeitskräfte reichen nicht hin oder seien für die zu leistende Arbeit ungeeignet. Der noch unentschiedene Streit um diese Frage hat nun durch das Eingreifen der chinesischen Regierung eine eigene Wendung bekommen. Die englische Blätter fürchtlich mitteilen, soll die chinesische Regierung ihren Unterthanen die Auswanderung nach Transvaal so lange verboten haben, so lange noch in den andern englischen Kolonien anti-chinesische Gesetze aufrecht erhalten bleiben. Bekanntlich bestehen in Kanada, Australiens und andern britischen Kolonien Gesetze, welche die Einwanderung von chinesischen Sklavis verbieten. Da gar nicht daran zu denken ist, daß die genannten Kolonien ihre anti-chinesischen Gesetze fallen lassen, so werden die Minenbesitzer wohl gezwungen sein, die Lösung der Frage durch Verbesserung der Arbeitsverhältnisse in den Rand-minen herbeizuführen. —

Eine neue Arbeiter-Zeitung will der Abgeordnete Richard Bell, Vorsitzender des Eisenbahner-Bundandes, mit einigen andern Arbeitervetretern herausgeben. Das Blatt, die „Krisis“, soll in erster Linie der Bekämpfung Chamberlains dienen, im übrigen aber auch alle andern Arbeiterfragen behandeln. —

## Rußland.

Neue Gewaltmaßregeln gegen Finnland. Der russische Kaiser hat eine Verfügung an den Generalgouverneur von Finnland erlassen, worin Befehl gegeben wird, alle im Dienst des Staates oder der Kommune stehenden Finnen, die sich ihrer Wehrpflicht beim dritten sinnlichen Schützenbataillon entzogen haben, zu verabschieden und ihnen während der nächsten 5 Jahre keine Pässe für Auslandsreisen auszugeben. Ferner wird darin befohlen, daß bei Gesuchen um Befreiung von Geldbußen sowie bei Gesuchen um Darlehen und Unterstellungen aus Staatsmitteln für Kommune oder einzelne Personen genau untersucht werde, welchen Anteil die betreffenden an dem Widerstand gegen die Einberufung der Wehrpflichtigen genommen haben. Schüler höherer Lehranstalten, die keine triftigen Gründe gehabt haben, sich nicht ausheben zu lassen, sollen für einen Zeitraum von bis zu einem Jahr von den Lehranstalten entfernt werden. Außerdem wird dem Generalgouverneur aufgetragen, einen Teil derjenigen Personen, die der Einberufungsorder Folge leisteten, aus dem Dienst zu entlassen und dafür solche Finnen einzuberufen, die sich ihrer Wehrpflicht zu entziehen suchten, oder sie in die Landwehr zu überführen. Der Generalgouverneur wird ermächtigt, der Bevölkerung kundzugeben, daß alle Finnland, die der Einberufungsorder von 1901 nicht gehorchen, ihrer Wehrpflicht bei Regimentern außerhalb Finnlands genügen müssen. —

## Afrika.

Die europäischen Zivilisatoren am Kongo. Im „West African Mail“ wird der Brief eines englischen Missionars, der seit dem Jahre 1888 im Kongogebiet lebt, veröffentlicht. In demselben wird eine Schilderung gegeben, wie die weißen Kulturträger die Eingeborenen zur Arbeit, beziehentlich zur Ableserung von Gummi zwingen. In Kongo, einer Station am oberen Kongo, ist ein großes „Gummilagerhaus“ errichtet, in welchem die Eingeborenen den Gummi abliefern müssen. Wehe, wenn sie nicht genug bringen, Stochhiebe ist das mindeste, was ihnen droht, vielfach werden sie sofort niedergeschossen, damit die Ueberlebenden flehiger werden! „Da diese Kreaturen nicht einen Schuß Pulver wert sind“, läßt man häufig eine Anzahl von ihnen hinter einander antreten und schießt ihrer mehrere durch eine Angel nieder. Auf einer andern Station sah der Missionar Haufen von Menschenknochen im Graze herumliegen, er zählte 36 Schädel. Auf Befragen wurde ihm gesagt, daß, als der Gummivertrag begann, viele der Schwarzen von den Soldaten niedergeschossen wurden und daß man den Ueberlebenden vielfach nicht erlaubte, ihre Toten zu begraben. — Hier sind es die Belgier, über die sich ein Engländer beschwert, anderwärts treiben es jedoch die englischen Zivilisatoren nicht besser und in gleicher Weise fassen die europäischen Kulturträger aller Nationen ihre Mission in den überseeischen Ländern auf.

## Amerika.

Santo Domingo, 10. Januar. Der Präsident Jimenez der in Santiago errichteten provisorischen Regierung hat Santo Domingo beschossen. Eine Granate ist in der amerikanischen Gesandtschaft explodiert. —

## Parlamentarisches.

Der Präsident des Reichstages Graf v. Kallistrem ist zum Wiederbeginn der Reichstags-Sitzungen wieder eingetroffen und hat seinen Einzug in das neue Reichstags-Präsidentengebäude, in welchem er ständig Wohnung nehmen wird, gehalten. Dieses Gebäude ist am vergangenen Sonntag von der Bauleitung amtlich an den Reichstag übergeben worden. Die im Reichstagsgebäude bisher vom Direktor des Reichstages Geh. Regierungsrat Knud bewohnten Räume werden zu andern amtlichen Zwecken, wie als Abteilungs-, Kommissions-, Fraktionszimmer verwendet werden, da auch Direktor Knud im Präsidentengebäude Wohnung erhalten hat.

Die erste Plenarsitzung des Herrenhauses ist auf den 10. Januar, 2 Uhr nachmittags, mit der Tagesordnung: Wahl des Präsidiums und der Schriftführer offiziell anberufen worden. Die erste Plenarsitzung des Abgeordnetenhauses wird eine Stunde nach dem Öffnungsbalk stattfinden. (Tagesordnung: Feststellung der Beschlußfähigkeit.)

## Aus Industrie und Handel.

**Kapitalerhöhung der Berliner Diskonto-Gesellschaft.** In der heutigen außerordentlichen Generalversammlung der Diskonto-Gesellschaft, in welcher 8691 Stimmen vertreten waren, wurde die beantragte Erhöhung des Kommanditkapitals auf 170 Millionen Mark durch Ausgabe von 20 000 000 Mark neuen Kommanditanteilen mit Dividendenberechtigung vom 1. Januar 1904 ab beschlossen.

Von den neuen Kommanditanteilen sind 6666 Anteile von je 1200 Mark von der Norddeutschen Bank in Hamburg übernommen worden gegen seitens derselben zu gewährenden nom. 10 000 000 Mark ihrer eignen Anteile; weitere 3548 Anteile von je 1200 Mark und ein Anteil von 2000 Mark sind von den Inhabern der Firma J. Schülke u. Wolde in Bremen übernommen worden, wogegen das von diesen bisher betriebene Bankgeschäft mit allen Aktiven und Passiven sowie das von ihnen benutzte Geschäftshaus in das Eigentum der Diskonto-Gesellschaft übergehen wird. Die restlichen 6451 Anteile von je 1200 Mark sind von einem unter Führung des Bankhauses S. Bleichröder stehenden Konsortium übernommen und werden den bisherigen Kommanditisten zum Ankauf von 105 Prozent dergestalt angeboten werden, daß auf je nom. 24 000 Mark alte Anteile ein neuer Anteil von nom. 1200 Mark entfällt. Die Anträge wegen einiger Änderungen der Statuten — in der Hauptsache, um diese mit der Ziffer des erhöhten Kommanditkapitals in Einklang zu bringen, sowie einige, die interne Verwaltung betreffende Anordnungen enthaltend — erlangten gleichfalls die Genehmigung der Generalversammlung.

**Vom rheinisch-westfälischen Arbeitsmarkt.** Der „Kölnischen Volkszeitung“ zufolge ergab eine Umfrage des Verbandes der rheinisch-westfälischen Gewerbevereine in Düsseldorf über die gegenwärtige Lage des rheinisch-westfälischen Arbeitsmarktes, daß in derselben eine Verschlechterung eingetreten ist. Soweit sich aber bis jetzt übersehen lasse, brauche man keine übertriebene Furcht zu haben; alles komme nur darauf an, ob es in Krisen wirklich zum Steigen komme, worunter die Arbeiter sehr leiden würde, und ob der gewaltige Stahlwerks-Verband zu Stande komme.

Natürlich darf unter den Faktoren, von denen die Besserung des Arbeitsmarktes abhängt, auch der Stahlwerksverband nicht fehlen. Wo es nur irgend geht, wird jetzt von den an seinem Zustandekommen interessierten großen Werken für ihn Reklame gemacht und zu beweisen versucht, daß ohne ihn kein laufendes Jahr die Eisenindustrie in eine Notlage kommen muß. Warum sollten da die rheinisch-westfälischen Gewerbevereine nicht dieselbe Plöte blasen?

**Gegen das Weichbleichkartell.** Auf der am Sonnabend hier in Berlin abgehaltenen Versammlung der Gruppe VII der Weichbleich bearbeitenden Industriellen Deutschlands legte zunächst der Schriftführer die Denkschrift vor, die dem Reichsamt des Innern auf einstimmigen Beschluß präsentiert werden soll, und in welcher der zahlreichste Nachweis zu führen gesucht wird, daß das deutsche Weichbleichkartell der deutschen Konsum in Weichbleich nicht annähernd deckt. Im Zusammenhang hiermit wurde konstatiert, daß das Resultat der noch nicht abgeschlossenen Enquete über den Weichbleichkonsum Deutschlands ergibt, daß die betreffenden Betriebe Deutschlands von ihrem Gesamtbedarf reichlich 60 Prozent in englischen Weichen bezogen haben. Sodann erfolgte unter einstimmiger Annahme aller einschlägigen Vorlagen betreffend der Ausdehnung des Bezuges von englischen Weichen für die Vereinigung der Zusammenschluß der Anwesenden zu praktischer Wahrung ihrer Interessen und die Festsetzung von Konventionenbedingungen, welche in Zukunft seitens der Mitglieder bei ihrem Eintritte als Grundlage für die Lieferungsverträge gefordert werden.

Während der Verhandlungen wurde der Schriftführer der Vereinigung, Dr. Wendlandt, nach dem Reichsamt des Innern gerufen zur Information über den Stand der heutigen Verhandlungen. Die Unterredung hatte zur Folge, daß der Vorstand zu einer ferneren Vorbesprechung nach dem Reichsamt des Innern geladen wurde, da die kontraktlichen Verhandlungen über das Weichbleichkartell bereits Anfang Februar beginnen sollen.

**Hamburger Hypothekbank.** Der sechsten veröffentlichten Jahresbericht der Hypothekbank in Hamburg weist mit Einschluß des Vorjahres aus 1902 einen Gewinnüberschuß von 2 611 270 M. auf, der in folgender Weise zur Verteilung gelangen soll: für die Reserve 11 247 122 M., für Lianticmen an die Direktion 177 927 M., für Lianticmen an den Aufsichtsrat 108 617 M., für eine 8 prozentige Dividende auf das auf 24 Millionen Mark erhöhte Aktienkapital 1 920 000 M. (1 680 000 M.), und Vortrag auf neue Rechnung 137 603 M.

Ueber den Geschäftsgang während des abgelaufenen Jahres heißt es im Bericht:

„Der Pfandbriefumlauf und der Hypothekensbestand haben eine Vermehrung von 10%, bzw. 19 Millionen Mark erfahren. Gemäß dem von der ordentlichen Generalversammlung am 7. Februar 1903 gefassten Beschlusse haben wir das Grundkapital unserer Gesellschaft um 8 Millionen Mark erhöht und damit für eine Erweiterung unseres Pfandbriefumlaufs über die bisherige Grenze hinaus die geschätzte Basis geschaffen. Das bei der Begebung der jungen Aktien erzielte Agio ist in Höhe von 1 365 483,75 M. dem ordentlichen Reservefonds zugeflossen. Unsere Tätigkeit im Hypothekengeschäft gestaltete sich infolge der vielfachen Hypothekenzahlungen, für die Ertrag zu beschaffen war, zu einer ungemein arbeitsreichen. Die neu abgeschlossenen Darlehen betragen insgesamt 51 669 975 Mark. Die Rückzahlungen haben sich auf 18 925 466,13 M. belaufen, wovon nur 11 321,11 M. auf das bei uns keine Rolle spielende Amortisationsgeschäft entfallen.“

## Soziales.

Die gegenwärtige Ärztebewegung giebt der bürgerlichen Presse wieder Anlaß, gegen die Sozialdemokratie zu hetzen. So behauptet ein Artikel der „Kölnischen Volkszeitung“, der von der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung rezipiert wird, Genosse Fräßdorf schlage den sozialdemokratischen Grundgedanken ins Gesicht, weil er in seinem kürzlich in der „Neuen Zeit“ veröffentlichten Artikel zwar für gute Bezüge der Ärzte eintritt, aber verlangt, daß die Kasse sie auch tragen könne. In der Arbeiterbewegung trage die Sozialdemokratie ja auch nicht danach, ob der einzelne Unternehmer die Forderungen der Arbeiter bewilligen könne. Das soll der große Widerspruch sein. Zunächst ist noch kein Unternehmer bankrott geworden an zu hohen Arbeiterlöhnen. Man kann aber natürlich leicht Widersprüche konstatieren, wenn man widersprüchliche Dinge miteinander in Vergleich setzt. Den Streit der Ärzte mit den Krankenfassen mit der allgemeinen Arbeiterbewegung zu vergleichen, weil die Ärzte ebenso wie die Arbeiter höhere Bezüge fordern, das ist ungefähr ebenso, als wenn man den Arzt mit einem Unternehmer vergleichen wollte, weil beide von der Gewerbe-Ordnung als Gewerbetreibende behandelt werden. Bei den Ärzten handelt es sich nicht wie bei der Arbeiterbewegung um Fragen der allgemeinen Volkswirtschaft, sondern einfach um eine materielle Notlage eines einzelnen Berufsstandes, deren Befreiung wir lebhaft wünschen, zu deren Befreiung aber die Krankenfassen weder berufen noch in der Lage sind; sie würde selbst dann nicht befähigt werden, wenn den Krankenfassen, die ja keine Produktionsunternehmungen sind, sondern Unterstützungsvereine, größere öffentliche Mittel zugeführt würden, die ihnen eine erhebliche

höhere Honorierung der Ärzte gestattete. Es würde sich dann sehr bald ein erneuter Anbruch zum alltäglichen Verufe bemerkbar machen und die Notlage wäre die alte und neue Forderungen sind die Krankenfassen wären die Folge. Der Arzt darf nicht Gewerbetreibender sein, der von den Krankenfassen seiner Ration leben, sondern er muß zum öffentlichen Gesundheitsbeamten werden. Dazu wird die Sozialdemokratie gern mitwirken.

Unterdeß handelt es sich für die Krankenfassen, die der Versicherung wegen bestehen, allerdings einzig und allein darum, was sie mit den vorhandenen beschränkten Mitteln leisten können.

Zum Heimarbeiterskongress erläßt der Vorstand des Verbandes Fortschrittlicher Frauenvereine, gezeichnet Minna Cauer, einen Aufruf, in dem es am Schluß heißt:

„Der Vorstand des Verbandes Fortschrittlicher Frauenvereine richtet daher an alle Frauen und Frauenvereine das dringende Ersuchen, dem bevorstehenden Kongress über Heimarbeit lebhaftes Interesse entgegenzubringen und zunächst sich ernstlich mit der Frage der Heimarbeit zu beschäftigen. Die Frauenvereine heften oft zu sehr an der Oberfläche mit ihren Arbeiten, sie lernen das entsehlige Elend nicht kennen, da sie sich nicht genügend in die Klagen des Elends vertiefen; hier ist ihnen Gelegenheit gegeben, sich gründlich mit einer der brennendsten Fragen der Gegenwart zu beschäftigen. Wir empfehlen den Vorstand der Frauenvereine die Veranstaltung von Diskussions- und Vortragssabenden über die Heimarbeit und geben der Hoffnung Ausdruck, daß sie sich an dem mehrerwähnten Kongress durch Entsendung von Delegierten, mindestens aber durch Zustimmungsbefugungen z. altis beteiligen und auf solche Art beweisen, daß sie ernstlich gewillt sind, alle Bestrebungen zu unterstützen, die dahin zielen, der Ausbeutung der Menschkräfte, wie sie in der Heimarbeit getrieben wird, zu steuern.“

**Die Sozialpolitik der Dresdener Stadtverwaltung.** Die mehrfach behandelte Arbeiterordnung für die städtischen Arbeiter in Dresden ist nun am 1. Januar in Kraft getreten. Aus diesem Anlaß wird der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“ noch über eine Bestimmung dieser Arbeiterordnung Mitteilung gemacht, die geradezu den guten Sitten widerspricht. Es wird bestimmt:

„Bezieht der Arbeiter eine Unfallrente, so ist diese in den Lohn einzuziehen.“

Es werden von der Stadt eine Anzahl Arbeiter beschäftigt, die früher als Handwerker Unfälle erlitten haben und deshalb den früheren Beruf nicht mehr ausüben können, aber als städtische Tagelöhner das gleiche leisten, wie andre Arbeiter. Nichts berechtigt die Stadt Dresden, den Wert der Unfallrente für sich in Anspruch zu nehmen. Der Lohn, den städtische Arbeiter beziehen, ist ja erheblich niedriger, wie der eines geschickten Handwerkers, daß solche Unfallrentner als städtische Arbeiter viel weniger verdienen wie in ihrem ehemaligen Berufe.

## Eintragung in das Vereinsregister.

Der Vorstand des Verbandes der Militäranwärter der Steuerverwaltung Preußens hatte mit dem Berliner Polizeipräsidenten einen Rechtsstreit wegen seiner Eintragung in das Vereinsregister gemäß dem Bürgerlichen Gesetzbuch durchzuführen. Gegen die vom Vorstand beim Amtsgericht beantragte Eintragung in das Vereinsregister erhob der Polizeipräsident Einspruch und machte geltend, daß der Verband politische und sozialpolitische Zwecke verfolge, wenn er dies auch in seinem Statut ausdrücklich ablehne. Wenn er den Staat und die Vertretung aller Interessen seiner Mitglieder bezwecke, so bediene er sich dabei auch politischer Mittel, z. B. des Mittels von Petitionen an die gesetzgebenden Körperschaften, wie einige Petitionen beweisen. Diese seien zwar von „Saalfeld und Genossen“ unterzeichnet, es komme aber in Betracht, daß die Herren Dr. jur. Hugo Saalfeld und pensionierter Steuerassessor August Saalfeld die Seele des Verbandes seien und die Petitionen als vom Verband ausgehend angesehen werden müßten. Dann käme hinzu die Haltung des von Dr. jur. Saalfeld herausgegebenen Verbands-Organs, die entschieden eine politische sei. Der Bezirksauschuss gab jedoch der gegen die Beantragung des Polizeipräsidenten gerichteten Klage statt und erklärte den Einspruch des Polizeipräsidenten für unberechtigt. Das Ober-Verwaltungsgericht bestätigte als Berufungsinstanz dieses Urteil und führte begründend aus: Weder aus dem Statut noch aus dem Vereinsleben des Verbandes könne hergeleitet werden, daß der Verband politische oder sozialpolitische Zwecke verfolge. Auch seien die vom Polizeipräsidenten aus der Haltung der Verbands-Zeitung gezogenen Schlüsse nicht zutreffend, da die Redaktion der Zeitung dem Verbande gegenüber unabhängig sei.

## Eine Arbeiterliga gegen die Tuberkulose.

Ähnlich wie in Berlin die gesundheitswidrigen Zustände vieler Wohnungen die Arbeiter zur Bildung einer Arbeiter-Sanitätskommission veranlaßt haben, hat die starke Verbreitung der Tuberkulose in Algier, wie die „Dépêche algérienne“ berichtet, die dortigen Arbeiter zur Bildung einer antituberkulösen Arbeiterliga veranlaßt, der zwar in erster Linie Arbeiter angehören sollen, die aber auch andre Personen, namentlich Ärzte, welche durch Belehrung und Aufklärung zur Bekämpfung der Tuberkulose beitragen können, aufnimmt. Die Liga erhebt vorläufig keinen Beitrag und hat deshalb sehr zahlreiche Mitglieder. Denn es handelt sich vorerst darum, die Bevölkerung über die Gefahren der Ansteckung aufzuklären und den Ärzten die vorhandenen Hilfsmittel nutzbar zu machen. Man hat die Stadt deshalb in Sanitätsbezirke eingeteilt, die den Polizeibezirken entsprechen. Für jeden dieser Bezirke ist eine aus Arbeitern bestehende Kommission ernannt, die mit einer Untersuchung der Wohnungen beauftragt ist. Ferner hat sie dafür zu sorgen, daß die Kranken von Beginn der Krankheit an in ärztliche Behandlung und Pflege kommen. Dem Ganzen steht ein leitendes Bureau vor, an dessen Beratungen alle Mitglieder teilnehmen können.

## Verfammlungen.

Gegen den Jarrismus demonstrierte eine sehr stark besuchte polnische Volksversammlung, welche am Sonntagvormittag in den Andreas-Zeitungen tagte. Genosse Georg Haase referierte über das Thema: „Soll Europa oszialis werden?“ Der Redner schilderte den wachsenden Einfluß Russlands auf die politischen Verhältnisse der europäischen Staaten und geht nach einem längeren Rückblick in die Vergangenheit auf die heutigen Beziehungen Russlands zum Jarrat über und erörtert die Fälle Kalajew, Frau Angel, die osteuropäischen Verhaftungen und die in der letzten Zeit vom „Vorwärts“ veröffentlichten Thatsachen. Wir Deutschen fürchten Gott und sonst nichts auf der Welt“, werde wohl mit Bezug auf das ostjüdische Preußen-Deutschland umgemünzt werden können in „Wir Deutschen fürchten Gott und den Jaren von Rußland!“ Der Redner erörtert dann in lebhafter Schilderung die Zustände im Jarrat, den revolutionären Kampf gegen die Despotie, die zahllosen Opfer des Heldenkampfes. Zum Schluß erklärt der Redner die Stellung Polens zur Demokratie und zu den revolutionären Bewegungen des vorigen Jahrhunderts. Etwa seien die Reaktionsäre die Feinde des Fortschritts, die Freunde des Jarrats — zugleich die Feinde des polnischen Volkes gewesen. Nur müßte man sich hüten, aus Furcht gegen fremde Reaktionsäre den eignen polnischen Reaktionsäre in die Arme zu laufen. An dem brutalen, egoistischen Klasseninteresse der polnischen Magnaten seien alle bisherigen Freiheitskämpfe der Polen ergebnislos gewesen. Das beweise die Geschichte. Auch heute ist jede nationale Bewegung eine leere Phrase, wenn sie nicht den Ausgangspunkt nimmt an den realen Interessen der Arbeiterklasse.

Zum Schluß legt der Redner der Versammlung eine Resolution vor, welche einstimmig angenommen wird. Die Resolution geißelt nachdrücklich alle Sünden des Jarrismus und fährt dann fort:

„Wir beurteilen mit der größten Entschiedenheit alle Dienste, welche die preussische Regierung den mit dem Blut der Rußland bewohnenden Völker besiedelten russischen Schergen erweist. Den revolutionären Parteien, welche mit einer bewundernswürdigen Aufopferung den Heldenkampf um Freiheit und Wohlstand gegen die zarische Hebermacht führen, drücken wir unsere glühende Sympathie aus. — Der italienischen Sozialdemokratie, welche mit der Drohung der Volksdemonstration dem Jaren den Weg in ihr Land versperrt hat, drücken wir unsern Dank aus. — Dem Abgeordneten Bebel sprechen wir für seine mannhaftige Brandmarkung der barbarischen russischen Regierung in deutschen Reichstagen unsere Anerkennung aus. — Angesichts der jarratfreundlichen Bestrebungen, welche in polnischen Kreisen anstanden, erklären wir, daß ein Volk, welches erlauben würde, daß in seinen Reihen — ohne einen Protest der Volksmassen zu begegnen — der Gedanke der Verhöhnung oder der Verhöhnung mit dem blutigen Jarrat, mit den Mördern von Jarradow, Lody, Warschau, Krowe, der Ukraine, Baku, Kischyniew, Platosk, Kofow und unzähliger anderer Orte und Länder — daß ein solches Volk der Schande verfallen wäre.“

In der Diskussion sprach zunächst Genosse Chrzanoski in zustimmendem Sinne. Herr Rogozinski wundert sich, daß die deutsche Sozialdemokratie keine Versammlungen in der behandelten Angelegenheit einberufe. Die Solidarität erkenne auch er an, sie werde aber auch in Berlin von organisierten Arbeitern nicht immer gegen polnische Arbeiter getrieben. Die Genossin Kuba-czevska wandte sich an die anwesenden Frauen, zur Organisation auffordernd. Dann ergriff Genosse Haase noch einmal das Wort, um in Kürze die halatistischen Wünsche, welche daraus hinauslaufen, daß in Versammlungen nur in deutscher Sprache verhandelt werden dürfe, zu kennzeichnen. Seine Ausführungen gipfelten in nachstehender Resolution, die gleichfalls einstimmig angenommen wurde:

„Wir brandmarken alle halatistischen Angriffe auf die Freiheit unserer Versammlungen als einen Gewaltakt, der eines kulturellen Volkes unwürdig ist und erklären: Das Versammlungs- und Vereinsrecht war schon bei den heutigen Rechtsverhältnissen in den polnischen Landesteilen Preußens sehr beschränkt. — Wir fordern die deutsche Sozialdemokratie auf, in eine energische Protest-Aktion gegen die reaktionären Pläne der Halatisten einzutreten.“

Die Beschränkung des Versammlungs- und Vereinsrechts wird nicht vermög, uns einzuschüchtern oder uns von der politischen und sozialen Arbeit, die wir für nötig halten, abzuwenden. Die Agitation in Versammlungen werden wir durch mündliche Agitation und durch das gedruckte Wort ersetzen.

Die neuen halatistischen Pläne sind für uns ein erneuerter Beweis, daß zwischen dem polnischen Volke und den herrschenden Klassen keine Verständigung, keine Verständigung sein kann. Das Vorgehen der Halatisten ermuntert uns aufs neue, die Reihen zu verstärken, welche die heutigen Zustände, die Ausbeutung und Unterdrückung am energischsten bekämpfen, die Reihen der Sozialdemokratie.“

Nach Annahme der Resolution wurde die Versammlung mit einem kurzen Schlusswort des Genossen Verjus und einem lebhaft aufgenommenen Hoch auf die Sozialdemokratie beendet. —

**Der Centralverband des Massage-, Bade- und Krankenpflegepersonals** hielt am 3. Januar cr. seine erste Monatsversammlung im Gewerkschaftshaus ab. Der Vorsitzende teilte zunächst mit, daß die Krankenpfleger und Pflegerinnen vom städtischen Siechenhaus in der Hebelstraße die Summe von 18,75 Mark für Crimmitzschau abgeliefert haben und forderte die Versammlung auf, sich recht regen an den weiteren Sammlungen zu beteiligen. Hierauf wurde B. Strauß zum Delegierten für die Berliner Gewerkschaftskommission gewählt. Beschlissen wurde, am Dienstag, den 5. Januar, eine Agitationstour nach der Igl. Charité zu unternehmen. Die Direktion dieses Igl. preussischen Mutterinstituts, welche inzwischen davon Kenntnis erhalten hatte, schien aber ein sehr unruhiges Geistes zu haben, denn es soll ihr nicht angenehm gewesen sein, daß in einer Zusammenkunft des dortigen Personals über Verhältnisse aus der Mutteranstalt gesprochen würde. Die Polizei erschien und löste die Versammlung am 5. d. M. auf. Der preussische Staat war wieder einmal gerettet.

**Wilmersdorf.** Am Mittwoch, den 6. Januar, tagte in Wilmersdorf eine gut besuchte Generalversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins. Aus dem Vorstandesbericht für das verfloßene Vereinsjahr ist hervorzuheben: Es haben stattgefunden vier Generalversammlungen, drei außerordentliche Generalversammlungen, acht Vereinsversammlungen sowie eine außerordentliche Vereinsversammlung. Außerdem fanden neun öffentliche Versammlungen, neun Handzettelverteilungen und sechs Flugblattverteilungen statt, desgleichen wurden fünf Agitationstouren gemacht. Bei der Landtagswahl wurden 631 Stimmen für unsere Kandidaten abgegeben. Die Mitgliederzahl ist auf 200 gestiegen und verteilt sich nach folgenden Berufsarten: Arbeiter 59, Maurer 50, Zimmerer 28, Tischler 18, Gasarbeiter 17, Struktateure 11, Töpfer 9, Steinmetze und Schuhammer je 7, Schlosser und Maler je 6, Bildhauer, Schriftsetzer und Aufsteher je 4, Kaufleute, Händler und Buchbinder je 3, Schriftsteller, Apotheker, Gutmacher, Klempner, Uhrmacher, Gärtner und Schneider je 2, je 1 Redakteur, Lichtdrucker, Instrumentenmacher, Steinseher, Tapezierer, Barbier, Dachdecker, Rohrleger, Bodenleger, Schriftsetzer, Gürtler, Schuhammer und Drechsler. Der Bericht über die Kassenverhältnisse im vierten Quartal ergab eine Einnahme von 210,40 M. In die Centrale wurden abgeführt 140,27 M., die sonstige Ausgabe beträgt 122 M., bleibt ein Defizit von 48,87 M. — Die Neuwahlen ergaben folgendes Resultat: Giebler, Vorsitzender; Radtke, Vorsitzender; Köpping, Kassierer; Schneidemann, Schriftführer; Goddäus, Beisitzer. Die Lokalkommission besteht aus Jakobson, Geisenhainer und Schnell. Bibliothekare sind Grech, Gladigow, Reiche, Radtke. Revisoren, Bezirksführer: Kurrer, Schulz, Hörnig, Kiefer und Gerlach.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

**Verbrecherischer Anschlag gegen einen japanischen Kreuzer.**

Wakana, 11. Januar. (B. Z. B.) Wie aus Genoa gemeldet wird, wäre der japanische Kreuzer „Kifun“ bei seiner gestrigen Abfahrt beinahe das Opfer eines furchtbaren Anschlages geworden. Von verbrecherischer Hand war ein Eisenstück so in die elektrische Leitung eingefügt worden, daß eine Explosion des benachbarten Munitionstraumes hätte erfolgen müssen. Das Eisen wurde noch rechtzeitig entfernt.

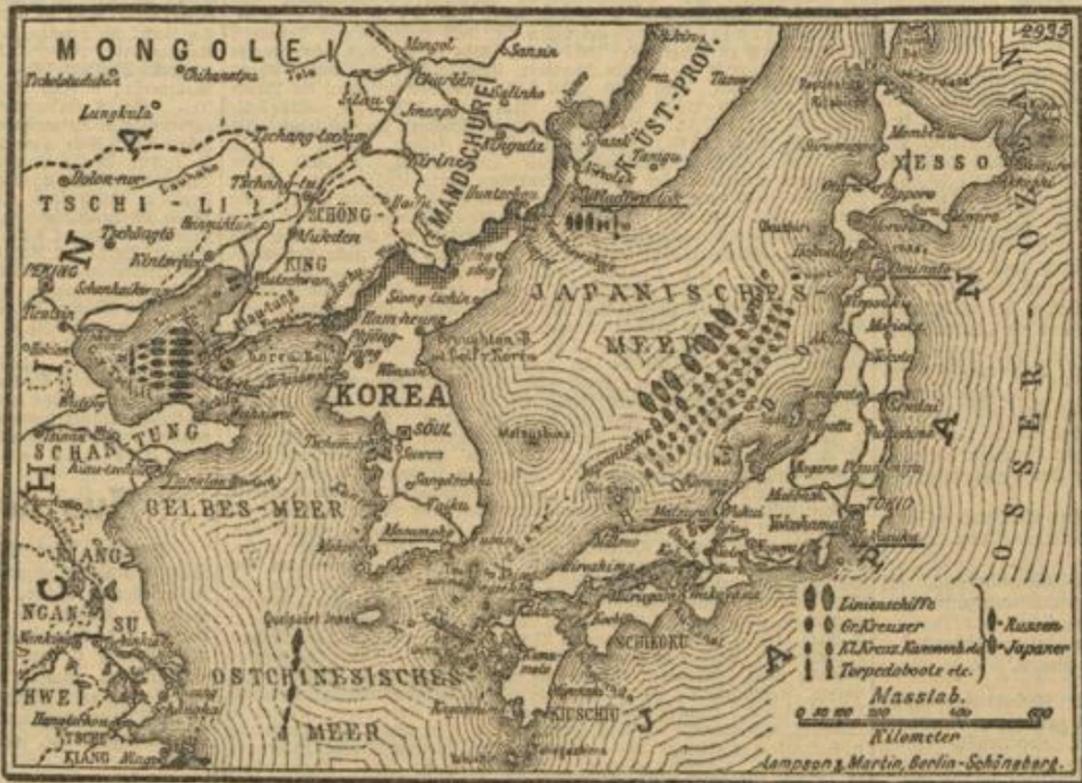
München, 11. Januar. (B. Z. B.) Der heute früh 8 Uhr 7 Minuten von Kempten hier eingetroffene Personenzug fuhr zu rasch in die Einfahrt des Centralbahnhofs ein, so daß der Stellbock zertrümmert wurde und die Vorspannlokomotive entgleiste. Zwei in der Nähe befindliche hiesige Kaufleute erlitten durch abspringende Trümmer des Stellbocks Verletzungen, der eine einen Unterarmbruch der andre eine leichte Verletzung des Fußes. Von den Insassen des angekommenen Zuges haben zwei Reisende Verletzungen erlitten.

Austerdam, 11. Januar. (B. Z. B.) „Allgemeines Handelsblad“ meldet aus Rotterdam: In der heutigen Börse teilten die Versicherer den Wallen mit, daß sie auf die von ihnen abgeschlossenen Kontrakte für Verladungen mit russischen und japanischen Schiffen sowie für Verladungen mit allen Schiffen nach und von japanischen, amerikanischen und russischen Häfen Ostasiens das Polzeitsrisiko (Kriegsrisiko) kündigen.

New York, 11. Januar. (B. Z. B.) In der Grube Gradafgora in Mexiko fand eine Dynamit-Explosion statt, wobei 20 Bergarbeiter getötet und 40 verletzt wurden.

Rußlands und Japans Flottenmacht in Ostasien.

Trotz aller Friedensschmalmeien dauern die Rüstungen in Ostasien fort. Wie ernst es den beiden Parteien mit der Instandsetzung ihrer maritimen Streitkräfte ist, geht aus den schieberhaften Rüstungen in Port Arthur, Dalny und den japanischen Kriegshäfen und aus den Ankäufen mehrerer Kriegsschiffe sowie aus dem Charter zahlreicher Kohlen-dampfer sowohl durch Rußland als Japan hervor. Unaufhörlich dampfen die an andern Orten nur einigermaßen entbehrlichen Kriegsschiffe Rußlands nach Ostasien; auch die im Mittelmeer befindlichen Kreuzer sind zum Teil nach dem fernen Osten dirigiert, ferner sollen unterwegs mit dem Ziel „Port Arthur“ das Linienschiff „Osliaba“, die großen Kreuzer „Aurora“, „Dimitri Donskoi“ sowie 6 Hochseetorpedoboote und 4 kleine Torpedoboote sein. Ueber welche maritimen Machtmittel die beiden sich gegenüberstehenden Nationen verfügen und wo insbesondere die russischen Flottenstreitkräfte zur Zeit bereit liegen, geht aus unserer Karte hervor. Dieselbe ist nach den neuesten Angaben angefertigt und läßt erkennen, daß sich die beiden Flotten, wenigstens was Linienschiffe betrifft, einander fast gleichwertig gegenübersehen. Rußland verfügt in Kriegshäfen der ostasiatischen Gewässer über die Linienschiffe „Petropawlowsk“, „Kollatwa“, „Sebastopol“, „Pereswet“, „Retiwislan“, „Bobjeda“, „Zelarewitsch“; die großen Kreuzer „Kolold“, „Ballada“, „Diana“, „Barjag“, „Bajan“; die kleinen Kreuzer „Romi“, „Sabjala“; die Kanonenboote „Gremjatschki“, „Korrek“; die Transportschiffe „Jenssei“, „Armar“, „Angara“ und zahlreiche Torpedoboote. Von diesen Schiffen sind die 7 Linienschiffe in Port Arthur stationiert; gleichfalls befinden sich dort 5 große Kreuzer, 4 kleine Kreuzer respektive Kanonenboote und 21 Torpedofahrzeuge. In Vladiwostok halten sich zur Zeit nur 3 große Kreuzer und 2 Kanonenboote sowie 10 Torpedoboote auf. Seit gerannener Zeit sind ständig stationiert je ein Kanonenboot in



Tschemulpo, Wafampo, an der ostchinesischen Küste in Nimrod-Bai und in Nagasaki. Letzteres ist vermutlich dazu bestimmt, beim Ausbruch der Feindseligkeiten die diplomatischen Vertreter fortzubringen. Die japanische Flotte, welche von den im November stattgehabten Manövern noch im Verbande geblieben ist, verteilt sich auf die verschiedenen Kriegshäfen, die auf unserer Karte unterstrichen sind. Ihr letzter Aufenthaltsort ist indessen nicht bekannt, da die Schiffe zum großen Teile auf Kreuzfahrten im japanischen Meer unterwegs sind. Auf unserer Karte ist daher von der japanischen Flotte keine Dislokierung wiedergegeben, sondern ihr Bestand an schwimmendem Material mit Ausnahme der Schulschiffe und ganz veralteten Kanonenboote berücksichtigt. Wie wir sehen, verfügt Japan über 7 Schlachtschiffe, die zu den besten und modernsten aller Marinen gehören, und welche gleichzeitig auch zu den größten und stärksten Schiffen zählen. Die 7 Linienschiffe führen die Namen „Wilasa“, „Wahi“, „Gatsuse“, „Schlichima“, „Fuji“, „Jachima“ und „Tschinjuan“; letzteres wurde im japanisch-chinesischen Krieg 1894 erbeutet. Zu diesen Linienschiffen gesellen sich noch die Rüstpanzer „Sch Juen“, „Fujo“ und „Seihuen“. Die großen Kreuzer heißen „Ajuma“, „Awate“, „Ajuma“, „Ajama“, „Tokuwa“, „Jatuma“. 27 kleine Kreuzer vervollständigen die eigentliche für den Krieg in Frage kommende Flotte. Ferner zählt die japanische Marine rund 100 Torpedoboote verschiedener Typs. Alles in allem dürfte die Japaner, was die Flotte betrifft, gegenüber Rußland im Vorteil sein, weil sie seit gerannener Zeit in Dienst befindlich und eingefahren ist, während die Russen erst nach und nach von der Heimat nach Ostasien gekommen sind und bislang wenig Gelegenheit zu Übungen im Geschwaderverbande gehabt haben. Anders dürfte sich die Sachlage aber bei der Armeegestaltung, da hier die Russen jedenfalls bedeutend überlegen sind.

Partei-Nachrichten.

Agster.

Trotz wie die letzten Lebensjahre ist das Ende meines Parteigenossen Agster. Aus Stuttgart kommt die bedrückende Kunde, daß Agster am Sonntag im Degerfelder Walde erhängt aufgefunden worden ist. Der Unglückliche, der seit Jahren geisteskrank war und bereits früher im Reichstags-Gebäude einen Selbstmordversuch unternahm, hat selbst in der Umhüllung des Geistes sein Leben beschloffen.

Agster wurde 1868 im württembergischen Ort Isfeld geboren. Er besuchte das Gymnasium in Heilbronn, mußte aber als junger Mensch bald mancherlei sociales Ungemach erfahren und konnte die höhere Schule nicht vollständig durchlaufen. 1872 wurde er Apothekerlehrling und absolvierte 1876 das Apothekerexamen. Er nahm dann in verschiedenen Geschäften Deutschlands und der Schweiz Stellung, leistete jedoch durch das Einjährigereignen und schließlich führte ihn heftiger Bildungstrieb wieder zum Gymnasium zurück; er legte 1881 das Abiturientenexamen ab und studierte dann Medizin. Wiederum aber mußte er dieses Studium infolge materieller Schwierigkeiten verlassen und zum Apothekerberuf zurückkehren. Mittlerweile hatte er sich mit politischen Fragen befaßt, und er gelangte zu der Ueberzeugung, daß in der Socialdemokratie die bessere Zukunft einer schlimmen Zeit liege. Bald wurde er „arbeitslos“ und mußte 1889 den Apothekerberuf aufgeben. Dann war er in Stuttgart einige Jahre hindurch journalistisch für die socialistische Presse thätig. 1897 wurde Agster an die Spitze des Stuttgarter Arbeitersekretariats berufen und 1898 wurde er im O. badischen Wahlkreis (Pforzheim) zum Reichstags-Abgeordneten gewählt. Doch schon nicht lange nach der Wahl zeigten sich die Anfänge der geistigen Erkrankung. Schon 1899 mußte er in eine Kaltwasser-Heilanstalt gebracht werden, die dort erzielte Besserung hielt nicht lange an. Die Freunde des Unglücklichen in seiner Heimat sowie in der Reichstagsstratton bemühten sich dann fortwährend, ob eine Wendung zur Besserung zu erzielen sei. Wer ihn im Reichstagsgebäude traf und in sich geleht umhergehen sah, bemerkte bald, daß er einen kranken Menschen vor sich habe. Alle Heilungsversuche waren vergeblich, im Reichstagsgebäude selbst versuchte Agster einen Selbstmordversuch, der aber ohne schwere körperliche Schädigung ausging. Er wurde dann nochmals in der Schöneberger Heilanstalt behandelt, kehrte nach Stuttgart zurück und nun kommt die Trauermeldung seines Todes durch eigene Hand.

Wo immer Agster für die Arbeitersache eingetreten, hat er mit tiefer Begeisterung und ehrlichem Eifer gewirkt. Sein ganzes Sein gab er der Partei und die Partei wird das Andenken dieses Unglücklichen nicht vergessen!

Totenliste der Partei. In Alfeld (Hannover) starb der Parteigenosse Zigarettenfabrikant Friedrich Ohlendorf im Alter von 66 Jahren. Der Verlorene hat in den schwersten Zeiten der Partei seine Kräfte in ihren Dienst gestellt und sich für alle Zeiten das ehrende Andenken seiner Genossen gesichert.

Eine Warnung vor einem Schwindler erläßt die Bremer Bürgerzeitung. Er sucht Unterstützung von Parteigenossen zu erlangen, indem er sich als Vertrauensmann der Partei aus irgend einem schleswigischen Wahlkreis vorstellt, der auf der Rückreise von einer Beerbigung im Bahzuge um Geld und Uhe bestohlen worden sei und nun mittellos dastehet. In Bremen zog man über seine Angaben erst Erkundigungen ein und unterdessen drückte er sich ohne Unterstützung. Seine Angaben erwiesen sich als falsch. Offenbar derselbe ist auch in Magdeburg bereits aufgetaucht und hat dort eine nennenswerte Summe erlangt. Es ist zu vermuten, daß er das Schwindelmusterbe auch in andern Orten noch versuchen werde. Es handelt sich um einen etwa 50 Jahre alten Mann.

Gewerkschaftliches.

Crimmitschau.

Bläßhunnige Lügen und lägenhafter Blödsinn.

Die „Deutsche Industrie-Zeitung“ bemächtigt sich kampfhaft aber vergeblich, die jetzt von aller Welt klar erkannte Thatsache, daß die Fabrikanten in Crimmitschau die Kräfteprobe wollen, ins Gegenteil zu verkehren. So schreibt das Blatt: „Schon vor drei Jahren wurde die Forderung aufgestellt, daß die Arbeiter zu bestimmen hätten, wie viele und welche Leute an den einzelnen Maschinen arbeiten sollten.“ Vor drei Jahren wurde nämlich den Arbeitern zugemutet, mehr als die bisher von ihnen bedienten Stühle zu bedienen. Die Unternehmer wollten einen Teil der Arbeiter überbilden, den andern brotlos machen. Dagegen verwehrten sich die Arbeiter.

In einer andern Stelle sagt die „Deutsche Industrie-Zeitung“: „Nicht das Verhalten der Arbeitgeber-Verbände im Sommer hat, wie der „Vorwärts“ behauptet, den Ausbruch beschleunigt. Vielmehr hat, wie bereits in letzter Nummer erwähnt wurde, der geheime Rat der socialdemokratischen Partei darüber entschieden, daß, nachdem die Arbeiterorganisationen in Reumünster und Forst sich für das Unternehmen nicht genügend stark erklärt hatten, das Verhängnis in Crimmitschau zu wählen sei. Diese Thatsache ist festgelegt und kann durch kein Zeugnis aus der Welt geächtet werden.“

Uns ist nichts davon bekannt, daß die Arbeiterorganisationen in Reumünster und Forst sich nicht für genügend stark erklärt hätten, für Eringung des Jehnstundentages einzutreten. Sie sind genügend stark dazu, verehrte „Industrie-Zeitung!“ Darüber sind wir besser unterrichtet, als das Unternehmerblatt. Aber die Geschichte vom „geheimen Rat der socialdemokratischen Partei“ ist uns in der That so neu und interessant, daß wir darüber unbedingt um nähere Angaben bitten müssen. Der „geheimen Rat“ hat offenbar so geheim getagt, daß von seinen Beschlüssen außer der „Industrie-Zeitung“ niemand in der Welt etwas erfahren hat. Wir sind natürlich nicht so frivol, Thatsachen durch Zeugnisse aus der Welt zu schaffen; aber die „Industrie-Zeitung“ sollte doch leere Behauptungen nicht einfach wider besseres Wissen als Thatsachen ausgeben.

Unverschämtheiten.

Die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ wirft diesen Kotbällen nach Herrn Professor Böhmert:

„Einige dieser socialpolitischen Konfusionsräte glauben auch in dem Gewerbeobergericht diejenige Instanz erblicken zu müssen, die zur Schlichtung der häßlichen Wirren berufen sei, obwohl sie sich doch sagen konnten, daß dieser Rat höchstens beim Ausdruck der Differenzen unter der Voraussetzung etwas für sich gehabt hätte, daß die Arbeiter irgend welche Reizung gezeigt hätten, die gegen ihre Forderungen erhobenen Einwendungen der Fabrikanten zu berücksichtigen.“

Es war bekanntlich Herr Professor Böhmert, der gefordert hatte, daß das Gewerbeobergericht eingreifen möge, und bewies, daß seine gesetzlichen Befugnisse ausreichten, die Arbeitgeber zu Verhandlungen zu zwingen.

Eine neue Denkschrift der Unternehmer, die offenbar für ihre Helfershelfer im Reichstuge als Rede-Unterlage dienen soll, enthält folgendes:

„Eine Dreifaltigkeit ist es, die Stellungnahme der Behörden in diesen bewegten Zeiten einfach auf Parteilichkeit zurückzuführen. Man weiß, daß es regelmäßig das ungebildete Publikum ist, welches in jedem ihm nicht nach Wunsch entschiedenen Falle Parteilichkeit der Behörden vermutet. In unserem Falle sind es Socialdemokraten, mehrere Professoren und einige Socialpolitiker, z. B. die Zeitschrift „Socialer Praxis“, der die Socialdemokratie bei jeder Gelegenheit nachdrückt, daß sie Herrn Staatsminister A. D. v. Berlepsch zu ihrem Mitarbeiter zählt, die aber nichtsdestoweniger hier mit den Socialdemokraten durch dick und dünn geht.“ Wirklich sehr gebildet!

Ueber die neue Konkurrenz für Crimmitschau

scheißt man uns:

Die Crimmitschauer Fabrikanten wollen es nicht glauben, daß die rheinischen Fabrikanten gerade jetzt, wo den Crimmitschauern das Messer an der Kehle steckt, so wenig „fair“ handeln können, ihnen Konkurrenz zu machen und neue Zmitatpinnereien zu bauen. Die armen Crimmitschauer Textilherren mögen sich beruhigen. Der Plan der rheinischen Fabrikanten (und auch der anderer Plätze, welche Zmitatgarne verarbeiten) sich von Crimmitschau zu emancipieren, stammt allerdings nicht von gestern und heute, er ist auch nicht ersdurch den Streik in Crimmitschau veranlaßt worden, sondern man ist es in jenen Fabrikantentreifen schon seit langer Zeit satt, sich von den Crimmitschauer Zmitatwebern terrorisieren zu lassen.

Der Plan der rheinischen Fabrikanten hat vor einigen Jahren schon feste Gestalt angenommen, als die Crimmitschauer Zmitatpinner einen Ring schlossen und eine wahre Schredensherrschaft über ihre Abnehmer ausübten. Dieser Terrorismus, erklärten die rheinischen Fabrikanten schon damals, nicht weiter ertragen zu können. Man wird ihnen daher auch heute nicht den Vorwurf machen können, daß sie nicht „fair“ handeln, wie es einzelne Blätter im Auftrage der Crimmitschauer Fabrikanten jetzt thun müssen.

Die Wirkung auf die Crimmitschauer Industrie ist natürlich dieselbe verheerende, ob die Konkurrenzunternehmen jetzt oder früher geplant waren.

Unternehmer-Idealismus.

Uns wird geschrieben: Der „Vorwärts“ berichtete vor einigen Tagen, daß zwei Chemnitzer Maschinenfabrikanten so generös gewesen seien, je 100 000 M. für die notleidenden Crimmitschauer Fabrikanten zu opfern. Wenn wir nicht sehr irren, bezieht sich diese Meldung auf zwei Textilmaschinen-Fabriken in Chemnitz, deren Generosität nicht zu hoch zu veranschlagen ist. Man hat das Geld nur gegeben, da die Crimmitschauer Fabrikanten Kunden der Maschinenfabrikanten sind, die man im eigenen Interesse vor der Pleite retten will, welche den Herren in Chemnitz noch viel teurer zu stehen kommen würde als einige hunderttausend Mark! Also, von Idealismus, wie er bei den Arbeiter-Unterstützern besteht, keine Spur, sondern das reine Geschäftinteresse! Und schließlich macht es doch auch den Herren Aktionären dieser Maschinenfabriken nichts aus, wenn sie am Jahresabschluss 1/100 Proz. Dividende weniger erhalten. — Der Berliner würde von diesem Grohmüt sagen — er ist billig und schämt sich nicht!

Eine parlamentarische Aktion für die Crimmitschauer Fabrikanten steht im Reichstuge bevor. Wir haben genügend Mißleid mit den Herren Abgeordneten, die undankbarerweise den Auftrag haben, im Reichstuge die Interessen des Crimmitschauer Fabrikantentums wahrzunehmen, ihnen das warnende Schicksal ihres sächsischen Landtagskollegen Reichmann vorzuführen. Derselbe nahm ebenso wie Graf Willow und der sächsische Minister Wegsch die Angaben einer Unternehmer-Denkschrift für bare Münze an und gab die Höhe der Weber auf 19 bis 27 M. pro Woche an. Ein Weber sandte dem Herrn neugierigerweise folgende Postkarte:

„Unter Bezugnahme auf Ihre Landtagsrede vom 15. Dezember muß ich mir erlauben, Ihnen die höflichste Bitte zu stellen, ob Sie die Höhe, welche der „Crimmitschauer Anzeiger“ anführte, für acht Tage berechnen. Wenn das der Fall ist, so bitte ich Sie, mir eine solche Stelle mit 10—27 M. als Weber nachzuweisen.“

Achtungsvoll G. Sch., Leitelschahn, Leipziger Straße.“

Die Antwort lautete:

Herrn G. Sch., Leitelschahn. Auf Ihre Postkarte vom 16. Dezember, welche ich am gestrigen Tage hier vorfand, teile ich Ihnen mit, daß die Lohnsätze, welche ich in Dresden vorgelesen habe, von Crimmitschau aus als Durchschnittslohnsätze angegeben waren, und da diese Sätze auch noch in der „Arbeitgeber-Zeitung“ in Berlin verbürgt wurden, so konnte ich von der Wahrheit der Angaben überzeugt sein. Dies als Antwort auf Ihre Anfrage, doch werde ich weitere Anfragen ohne Verweisung von Rückporto nicht beantworten. Verdau, 22. Dezember 1903.

Achtungsvoll Herrn Reichmann. Ehe die Herren Reichstags-Abgeordneten sich derselben Blamage aussetzen, wie Herr Reichmann, telegraphieren sie vielleicht doch noch einmal rasch nach Crimmitschau und bitten statt um unkontrollierbare Zahlen um Angabe einer Stelle, wo ein Weber durchschnittlich 27 M. verdient. — Wenn sie in jedem von den Fabrikanten angegebenen Falle nach wie vor statt Redensarten verlangen, können sie vielleicht ihre ganze Rede sparen.

Berlin und Umgegend.

Lohnbewegung der Einseyer. Die im Holzarbeiter-Verband organisierten Einseyer halten eine Erhöhung ihres Lohnvertrags für angemessen. Sie haben denselben revidiert und Erhöhungen der einzelnen Positionen vorgeschlagen, wodurch der gegenwärtig geltende Tarif um etwa 5 Proz. aufgebessert wird; er bleibt aber trotzdem noch um 20 Proz. hinter den Preisen zurück, welche die Einseyer in den 70er Jahren erhielten. Die gegenwärtige Situation erscheint der Lohnbewegung günstig. Die Arbeitgeber sind bereit, noch im Laufe dieser Woche mit den Vertretern der Einseyer zu verhandeln. Zu diesen Verhandlungen soll — wie die am Sonntag abgehaltene Branchenversammlung beschloß — ein Mitglied der lokalen Organisation hinzugezogen werden. Sollte eine betriebende Verständigung mit den Unternehmern nicht erzielt werden, dann wird die Arbeit niedergelegt. Die Mitglieder der Branchenkommission, die in der Versammlung zur Neuwahl standen, sollen noch bis zur Beendigung der Lohnbewegung im Amt bleiben.

Reinholdsdorf. Am Donnerstag, den 14. Januar, nachmittags von 4—7 Uhr, finden für den hiesigen Bezirk die Gewerbegerichts-



**Gebrüder Herrnfeld.**  
**Theater.** Sonntags: 8 Uhr.  
 Heute und folgende Tage die interessante  
**Herrnfeld-Novität:**  
**Nur eine Nacht.**  
 Zwei Alte aus einer Ehe mit den Kindern in den Hauptrollen. Ferner:  
 Das neue Künstlerprogramm.  
 Hanny Luxa. X Longonelli. Ferry u. Perry. Martin Bondix.  
 Billetvorberf. tägl. 11-2 mittags.

**Palast-Theater**  
 Burgstraße 22, früher Foen-Palast.  
 Heute und folgende Tage:  
 8 1/2 Uhr: 8 1/2 Uhr:  
**Berlin, wie es weint und lacht.**  
 Solospiel mit Gesang in 9 Bildern von Stollsch, Musik von Cornabi.  
 Casanova, Stadt: Dr. R. Winkler.  
 Freitag, den 15. Januar, ab 8 Uhr:  
**Elite-Vorstellung.**  
**Die Schule des Lebens.**  
 Schauspiel in 5 Akten von Hauptmann.  
**Die Rasing Brothers.**  
**Die Todesfahrt im Hexenkessel.**  
 3 Brothers Hellmus.  
 Musikallischer Centrique-Balance-Act.

**Passage-Theater.**  
 Anfang Sonntags 3 Uhr, Wochen- tags 5 Uhr. Anfang der Abend- vorstellung 8 Uhr.  
**Enthauptung**  
 einer lebenden Dame!  
**Willy Prager**  
 mit seinem Schlagel:  
**Die kleine Garnison.**  
 14 neue erstklassige Nummern.

**WINTER GARTEN**  
 Neues Programm:  
 Harry Rechoz Hundredresseur.  
 Wood u. Bates Amerik. Excentrics.  
 Lorraine's Lebende Bilder.  
 Die beiden Freydes Gymnastiker.  
 Cook u. Clinton Amerik. Kunstschützin.  
 Meers u. Omo Drahtseilkünstler.  
 Otto Reatter Humorist.  
 Salerno Meister-Jongleur.  
 Annette Gillard Pariser Opernsäng.  
**Mlle. Otéro Spanische Tänzerin**  
 in ihrer Pantom. „Opiumrausch“.  
 Theresas Komischer Hypnotiseur.  
 „Karnevalsgeister“ Wiener Ballett.  
 Biograph.

**Reichshallen**  
**Stettiner Sänger.**  
 Sonntag 8 Uhr.  
 Montag 7 Uhr.

**Etablissement Suggenhagen**  
 Moritzplatz.  
 Am Kaiserfakt:  
 Künstler-Ensemble  
 „Nordsterne“  
 unter Leitung d. Herrn  
 Rudolf Schauss.  
 Kofflerstraße 5 Uhr,  
 Anfang 7 Uhr,  
 Entree 50 Pf.  
 Nach der Vorstellung:  
**Tanzkränzchen.**  
 In den unteren Sälen:  
 Singsch. Konz. u. Musikersch.  
**Sanssouci.**  
 Kottbuser Thor - Stat. der Hochbahn.  
 Heute Dienstag, erstmalig  
**Don César.**  
 Romantisches Schauspiel  
 in 5 Akten.  
 Vergnüg. haben Gültigkeit.  
 Donnerst. Sonnt. Kont.  
**Hoffmanns Norddeutsche Sänger.**  
 Nach jeder Solree:  
**Tanzkränzchen.**

**Königstadt-Kasino**  
 Solgauerstr. 72. Cafe Alexanderstraße.  
 Täglich:  
 Franz Sobanski.  
 Mita Roselli. X Geschwister Banola.  
 The Teklys usw.  
**Ein praktisches Gesell.**  
 Nach der Vorstellung: Mittwoch,  
 Sonnabends u. Sonntag: Tanz.

**Inventur- Ausverkauf!**  
 Besondere Preisermäßigung  
 in Teppichen, Gardinen, Portieren,  
 Steppdecken, Reise- u. Schlaf-  
 decken etc. 49/7  
 bis 33 1/3 %  
**J. Senft, Teppichhaus**  
**Königstr. 28.**

5 1/4 Pfund Brot  
 Schwarz 50 Pf.  
**Albrechts Bäckereien:**  
 Drangelstraße 9, Krautstraße 19,  
 Goldeneinstr. 28, Kanitzstr. 2,  
 Wartheallee 10, Stand 22/23,  
 Wartheallee 10, Stand 16/17.

**Kranz- und Blumenbinderei**  
 von Robert Meyer,  
 nur Mariannen-Straße 2.  
 Bereinigte Kränze, Palmen- u. Blumen-  
 Arrangements, Bouquets, Guirlandes  
 usw. werden fein u. preiswert geliefert

**Große Erfolge!**  
**56 Parzellen in 9 Wochen**  
 verkauft!!  
 Markt der Rute, neues Bar-  
 zellerungstermin, prima Garten-  
 boden, Straßenland gratis, 2 1/2  
 Meilen v. Berlin, 1/2 M. Bahnh.,  
 herrliche Lage, verl. Schulz, Wirt-  
 schaft, Penaustr. 12, Burkhardt, Ober-  
 Schöneweide, Siemensstraße 9.

**Dr. Simmel, Prinsen-**  
 Str. 41,  
 Spezialarzt für  
**Haut- und Harnleiden.**  
 10-2, 5-7. Sonntags 10-12 2-4

**Apotheke z. goldenen Adler**  
 Alexandrienstr. 41.  
**Hämorrhoidallikör**  
 a Flasche 1 Mark, 7 Flaschen 6 Mark.

**Masken-Garderobe**  
 von 38242\*  
**Carl Ernst,**  
 Köpenickerstr. 126, 1 Tr.  
 Größte Auswahl!  
 Billigste Preise!  
 Bortelner dieser Annonce  
 erhält 10% Freibermählg.

**H. & P. Uder, Berlin SO. 16,**  
 Engel-Ufer 5.  
 Fabrik-Lager sämtlicher gangbarer Kautabake.  
**Spezialität: Nordhäuser Kautabak**  
 stets frisch zu billigsten Engros-Preisen. 39381\*  
 Amt 7. 1851.

**Das Konkurrenzkolli.**  
 3 fr. Rauchaale, 2 Dos. ca. 50 Delicatessher. u. Rollhüpse.  
 1/2 Pfd. Lachs, 1 Dose Oelardinen, 4 M. portofrei g. Nachn.  
 Außerdem noch 40 Bratber, Büchl. u. Sprott. u. 1 Fischkock-  
 buch gratis! So lange Vorrat! 134/1\*  
**E. Degenen, Nord- u. Ostsee-Fischerei-Exp., Swinemünde 102.**

**Volkshaus Charlottenburg**  
 A. Schütze, Köpenickerstr. 3.  
 Jeden Dienstag:  
**Frankfurter Sänger**  
 8 Herren!  
 Erstklassiges Ensemble.  
 Reut! Heute: Reut!  
**Onkel will heiraten!**  
 Originalschauspiel v. P. Lippmann.  
 Anfang 8 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.  
 Nach der Vorstellung: Frei-Tanz.

**Orts-Krankenkasse**  
 des Zimmerergewerbes  
 zu Berlin.  
 Gemäß § 60 des Krankenstatuts  
 bringen wir hiermit den Interessenten  
 (Arbeitgebern und Arbeitnehmern)  
 zur Kenntnis, daß das in der General-  
 versammlung vom 18. Oktober v. J.  
 beschlossene revidierte Statut durch  
 die höhere Verwaltungsbehörde ge-  
 nehmigt worden ist.  
 Die Beitragsätze sowie die Unter-  
 stützungsanträge sind die früheren  
 geblieben.  
 Die Unterstützungsdauer ist in den  
 §§ 14 und 17 den gesetzlichen Be-  
 stimmungen entsprechend ausgedehnt.  
**Der Vorstand.** 9315  
 A. Brunzel, Vorsitzender.

**Gluck-Gluck**  
 Wir brauchen keine Eier mehr,  
 denn jeder Köchin machen wir  
 die Speisen mit „Gluck-Gluck“.  
 100 Stk. (an Stelle von 6 Eiern) 10 Pf.  
 1 Kanton (an Stelle von 15 Eiern) 20 Pf.  
 Gesezt. geschützt. Prämiiert  
 mit der goldenen Medaille.  
 Zu beziehen durch alle Mehl-,  
 Delikatessen- und Kolonial-  
 waren-geschäfte.  
**Goldfeder & Meyerholm,**  
 Berlin NO. 49.

**Bruch - Pollmann**  
 empfiehlt sein Lager in Bruchbandagen,  
 Leibbinden, Geradhalter, Spritzen,  
 Suspensoren, sowie sämtliche Artikel  
 zur Krankenpflege.  
**Eigene Werkstatt.**  
 Lieferant. Letz- u. Hilfs-Krankentrassen  
 Berlin C.,  
**30. Finien-Straße 30.**  
 NB. Alle Bruchbänder mit elastischen  
 Bändern, angenehm und weich  
 am Körper. 38252\*

**Socialdemokratischer Wahlverein**  
 für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.  
 Dienstag, den 12. Januar, abends 8 1/2 Uhr, in den  
 „Arminius-Hallen“, Bremerstr. 70/71:  
**Versammlung.**  
 Tagesordnung:  
 1. Vortrag des Genossen Dr. Albert. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.  
 Donnerstag, 14. Januar, findet Zahlabend, und Dienstag,  
 19. Januar, außerordentliche Generalversammlung im  
 „Fischer“ statt. 246/2 Der Vorstand.

**Centralverband der Töpfer.**  
 Filiale Berlin.  
 Freitag, den 15. d. M., abends 6 Uhr, im Gewerkschaftshaus,  
 Engel-Ufer 15:  
**Mitglieder - Versammlung.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag. 2. Erläuterungen zum Tarif. 3. Gewerkschaftliches.  
 Die Ausgabe des Tarifs erfolgt von 5 Uhr ab an diejenigen, die ihr Mit-  
 gliedsbuch zur Abstempelung vorlegen. 195/1  
**Die Ortsverwaltung.**

**Verband der Graveure, Ciseleure**  
 und verw. Berufsgenossen Deutschlands, Sitz Berlin.  
**Achtung! Relief-, Buntdruck- und Golddruck-Graveure!**  
 Dienstag, den 12. Januar 1904, abends 8 1/2 Uhr:  
**Versammlung sämtlicher Graveure obiger Branchen**  
 im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal V.  
 74/1  
**Die Verwaltung.**

**Deutscher Holzarbeiter - Verband.**  
 Bureau: SO., Engel-Ufer 15 (Gewerkschaftshaus). - Fernspr.: Amt 7, 3258.  
**Achtung! Parkettleger!**  
 Heute, Dienstag, den 12. Januar, abends 8 Uhr:  
**Kommissionsitzung mit Vertrauensleuten**  
 im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15. 77/11  
**Es ist Pflicht, daß jede Firma vertreten ist! Der Obmann.**

**Socialdemokratischer Wahlverein**  
**Rixdorf.**  
 Mittwoch, den 13. Januar 1904, abends 8 1/2 Uhr:  
**General - Versammlung**  
 im Lokal des Herrn Eisermann (Bismarck-Säle), Hermannstr. 49.  
 Tagesordnung:  
 1. Bericht des Vorstandes, des Kassierers, des Parteipredicurs und  
 Bibliothekars und der Lokalkommission. 2. Neuwahl des Gesamtvorstandes  
 und der Revisoren. 3. Wahl von drei Delegierten und Anträge zur Kreis-  
 generalversammlung. 4. Annahme neuer Mitglieder, Vereinsangelegenheiten,  
 Verschiedenes und Angelegenheiten. 232/1  
 Um zahlreichen Besuch bittet  
**Der Vorstand.**  
**Mitgliedsbuch legitimiert!**

**Achtung! Bauhandwerker. Achtung!**  
 Seit dem 6. d. Mts. stehen die Töpferträger in der Lohnbewegung.  
 Alle Verträge seitens der Organisation, auf gütlichem Wege eine Regelung  
 der Streitfrage herbeizuführen, lehnte die Innung entschieden ab.  
 Da nun ein großer Teil der Firmen die Forderung der Streikenden  
 bereits anerkannt hat, so hat die Organisation rote Arbeitsberechtigung-  
 Karten ausgegeben.  
 Wir rufen deshalb das Ersuchen an die organisierten Arbeiter der  
 Bauverufe, uns in diesem Kampfe zu unterstützen, indem sie die auf den  
 Bauten beschäftigten Töpferträger nach der Legitimationskarte befragen.  
 Jeder Töpferträger, der ohne diese Karte angetroffen wird, arbeitet  
 entgegen den Forderungen derselben und löst sich somit als Arbeitswilder  
 benutzend. 32/6  
**Die Ortsverwaltung**  
 des Verbandes der Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter.

**Echte Patzenhofer Biere**  
**Patzenhofer Hell** 30 Fl. 1/5 T. M. 3.00  
**Patzenhofer Marine** 3 M. 1/5 T. M. 3.25  
**Patzenhofer Dunkel** 3 M. 1/5 T. M. 3.50  
**Patzenhofer Crystal** 28 Fl. 3 M. 1/5 Hl. M. 3.00  
 Schutzmarke  
 Gefällige Bestellungen an  
**Patzenhofer Brauerei**  
 NO. Landsberger Allee 24/27  
 Telefon VII, 2900 u. 5535.  
 NW. Strom-Strasse 11/16  
 Telefon II, 127 und 476. Pfand pro Flasche 10 Pf.

**Nur 1,50 Mk. kostet jede Uhr**  
 bei mir zu reparieren u. reinigen unter Garantie des Gut-  
 gehens (ohne Bruch). Kleine Reparaturen billiger. Grasse  
 Auswahl in Uhren u. Goldwaren zu billigsten Preisen. Goldene  
 Damen-Remontoir, 10 Steine, v. 18.-, Goldene Herren-Doppel-  
 kapsel-Remontoir v. 50.-, Silberne Remontoir v. 9.-, Regu-  
 lateure, Freischwinger, Wecker- u. Wanduhren. Goldene Herren-  
 u. Damen-Ketten, Ringe, Schmucksachen in modernsten Façons  
 für jeden Geschmack. Für jede bei mir gekaufte Uhr  
 leiste 3 Jahre Garantie. 3897L\*  
**Karl Lux, Uhr- macher, Chausseestr. 34.**

**Zur Agitation!**  
 In den nächsten Tagen erscheint: **Rud. Kraft:**  
**Die Opfer der Kaserne.**  
 96 Seiten. Preis 50 Pf.  
 Bestellungen nimmt schon jetzt entgegen der Verlag  
**G. Birk & Co., München.**  
 39352\*

Allen Freunden, Kollegen und  
 Bekannten die traurige Nachricht,  
 daß mein lieber Mann, unser  
 guter Vater, der Häfner 39842  
**Paul Hellenbruch**  
 nach langem, kühnem Leiden  
 Sonntag früh 6 1/2 Uhr verstorben ist.  
 Die Beerdigung findet Mitt-  
 woch nachmittags 3 Uhr vom  
 Trauerhause Köpenickerstr. 133 aus  
 nach dem Elisabeth-Kirchhofe,  
 Pringeln-Allee, statt.  
 Die trauernden Hinterbliebenen.

**Deutscher**  
**Holzarbeiter-Verband.**  
 Den Mitgliedern zur Nachricht,  
 daß der Kollege, Häfner  
**Paul Hellenbruch**  
 am 10. Januar nach langer Krank-  
 heit verstorben ist.  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung findet am  
 Mittwoch, den 13. Januar, nach-  
 mittags um 3 Uhr, von der  
 Wohnung Köpenickerstr. 133 aus statt.  
 Um rege Beteiligung ersucht  
 77/12 Die Ortsverwaltung.

**Todes-Anzeige.**  
 Allen Freunden und Bekannten  
 zur Nachricht, daß mein lieber  
 Mann und guter Vater, der  
 Bildhauer  
**Paul Wittwer**  
 am 9. d. M., abends 11 Uhr von  
 seinem Leiden erlöst wurde.  
 Dies zeigen tiefbetraut an  
**Laise Wittwer geb. Rihan**  
 und Tochter.  
 Die Beerdigung findet am Mitt-  
 woch, den 13. d. M., nachmittags  
 4 Uhr, von der Leichenhalle des  
 alten Jakob-Kirchhofes am Roll-  
 fang aus statt. 9215

**Verband der Sattler**  
 (Ortsverwaltung Berlin).  
 Den Mitgliedern zur Nachricht,  
 daß unser langjähriges Mitglied,  
 der Kollege  
**Anton Weiss**  
 (Treibriemen-Branchen)  
 am Sonntag, den 10. Januar, ver-  
 storben ist.  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung findet am Mitt-  
 woch, den 13. Januar, nachmittags  
 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des  
 neuen Michaels-Kirchhofes, Marien-  
 dorfer Weg, aus statt. 159/3  
 Um zahlreiche Beteiligung ersucht  
 Die Ortsverwaltung.

Am Sonntag früh 7 1/2 Uhr ent-  
 schied sich nach langem Leiden  
 im 56. Lebensjahre mein lieber  
 Mann, unser guter Vater und  
 Großvater, der Maschinenbauer  
**Gustav Wolf.**  
 Dies zeigen mit der Bitte um  
 stille Teilnahme an 922b  
**Helene Wolf,**  
**Marie Kryska, geb. Wolf.**  
 Die Beerdigung findet am Don-  
 nerstag, den 14. Januar, nach-  
 mittags von der Halle der hl.  
 Kreuz-Gemeinde in Mariendorf  
 aus statt.

**Dankagung.**  
 Allen Freunden, Bekannten, dem  
 Trauerverein der Raurer, Section  
 Payer, dem Gesangsverein der Payer,  
 den Hausgenossen des Berliner Spar-  
 und Sparvereins Stargarderstraße  
 sage ich für die Teilnahme bei der  
 Beerdigung meines mit unvorstelligen  
 Namen **Karl Templiner**  
 meinen herzlichsten Dank.  
 9358 **Wm. Templiner.**

**Krankenkasse**  
 für d. Beamten u. Angestellten  
 der Krankenkassen, Berufs-  
 Genossenschaften, sowie der  
 Invaliditäts- und Alters-  
 versicherungs - Angestellten in  
 Berlin. (S. H. 108.)  
**Mittwoch, den 20. Januar** er.,  
 abends 7 1/2 Uhr, findet bei **Hiegel,**  
 Stralauer Allee 57, die  
**ordentliche**  
**General - Versammlung**  
 der Mitglieder statt. 915b  
 Tages-Ordnung:  
 1. Jahres- und Stoffbericht pro  
 1903 sowie Bericht der Revisoren.  
 2. Beschlußfassung über das zu be-  
 stimmende Publikationsorgan 1904.  
 3. Wahl von 5 Vorstandsmitgliedern  
 für die Jahre 1904-1905. 4. Wahl  
 von 3 Revisoren für 1904. 5. Innere  
 Kassangelegenheiten. 6. Verschiedenes  
**Der Vorstand.**

**Damen u. Herren**  
 erhalten eleg. Garderoben  
 nach Maß in hervorragend  
 guter Ausführung u. tadel-  
 losem Sitz bei nur geringer  
 Teilszahlung. 39922\*  
 — Werkstatt im Hause. —  
**J. Kurzberg, Neue Königstr.**  
 47, II,  
 direkt am Alexanderplatz.



Berliner Partei-Angelegenheiten.

Parteigenossen von Berlin, Teltow-Beeskow, Nieder-Barnim und Potsdam-Dahowland.

Am Sonntag, den 21. Januar 1904, erscheint die nächste Lokalliste.

Wir ersuchen daher die Mitglieder der Lokalkommission von obigen Kreisen, die Neu-Aufnahmen und die genauen Änderungen bis spätestens Freitag, den 15. Januar 1904, einzusenden zu wollen und zwar für:

Teltow-Beeskow an den Genossen Hermann Schliebig in Britz, Jahnstraße 2;

Nieder-Barnim an den Genossen Robert Ried in Rummelsburg, Kantstraße 22, parterre.

Potsdam-Dahowland an den Genossen Albert Neue in Spandau, Jagowstraße 9;

Diverse Orte an den Genossen Gustav Fellwed in Eberswalde, Eisenbahnstraße 67;

Berlin an den Genossen Wilhelm Hinz, S. 14, Prinzenstraße 66.

Die Lokalkommissions-Mitglieder wollen die Änderungen und Neu-Aufnahmen für obige Liste umgehend mitteilen, da spätere Einwendungen keine Berücksichtigung mehr finden können.

Vielfach kommt es vor, daß Zuschriften in „Lokalangelegenheiten“ an die Redaktion oder Expedition des „Vorwärts“ gesandt werden; zur schnelleren Erledigung derselben ersuchen wir die Genossen, alle Anfragen und Zusendungen nur an den Genossen Wilhelm Hinz, Berlin S. 14, Prinzenstr. 66, zu richten und nicht an den „Vorwärts“.

Die Parteiblätter der oben genannten Kreise werden um Abdruck ersucht.

Die Lokalkommission.

Ober-Schöneweide. Der Wahlverein hält am Mittwoch, den 13. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr, bei Kaufhold, Wilhelmshofstr. 18, seine Generalversammlung ab. Tagesordnung: 1. Vortrag: Die Genossenschaft eine wirtschaftliche Notwendigkeit. 2. Diskussion. 3. Bericht des Kassierers. 4. Vereinsangelegenheiten.

Kosnower-Neuendorf. In unsren beiden Gemeinden finden in diesem Frühjahr Ergänzungswahlen zur Gemeindevertretung statt. Die Wählerlisten liegen in den beiden Rathhäusern vom 15.-30. Januar während der Geschäftsstunden aus. Es ist dringend erforderlich, daß sich jeder wohlberichtigte Arbeiter überzeugt, ob er in der Wählerliste verzeichnet steht. Falls einzelne Genossen keine Zeit haben, persönlich diese Einsichtnahme auszuführen, wollen sie sich an einen der folgenden Genossen wenden, welche bereit sind, für sie die Wählerliste einzusehen. Es sind dies für Neuendorf die Genossen Simon Dammernitz, Triftstr. 9, Wlf. Schulze, Luisenstr. 10, Friedr. Liebing, Stahndorferstraße. Für Kosnower die Genossen Karl Grubel, Restaurateur, Prinzenstraße, Wlf. Jappe, Friedrichstr. 1, Herrn. Hähnen, Turnstr. 20, Karl Strohnberg, Turnstraße 43, Otto Weiser, Müllerstr. 8.

Treffpunkt-Baumwuldenweg. Heute abend 7 Uhr: Flugblatt-Verbreitung. Treffpunkt bei Dreßler, Kiehlholzerstr. 6; Preuß. Neue Krug-Allee 59, und Stallfeld, Baumwuldenstr. 84. Zahlreiche Beteiligung wird erwartet.

Lokales.

Vom großstädtischen Wohnungselend.

Die statistischen Nachrichten über die Bautätigkeit in Berlin, die kürzlich an anderer Stelle unseres Blattes mitgeteilt wurden, lassen erkennen, daß sich die Zahl der leerstehenden kleinen Wohnungen im Jahre 1902 gegen die beiden vorhergehenden Jahre vermehrt hat, und daß auch in dem sieben abgelaufenen Jahre eine weitere Vermehrung der unvermieteten kleinen Wohnungen eingetreten sein dürfte. Es ist eine Freude für den kleinen Mieter, wenn er erfährt, daß zur Zeit mehr als 1000 Wohnungen mit einem Zimmer, und mehr als zweieinhalb Tausend Wohnungen mit 2-4 Zimmern leer stehen, weil die Hausbesitzer keine Mieter für diese Wohnungen finden. Zwar, die Mietpreise, die in den Jahren offensichtlichen Wohnungsmangels rief in die Höhe geschraubt wurden, gehen auch beim Eintritt einer für die Mieter günstigen Konjunktur nicht so bald wieder herunter; aber wenn so viele Wohnungen leer stehen, da kann man vielleicht versuchen, eine mit mancherlei Mängeln besetzte und noch dazu teure Wohnung mit einer besseren, die auch nicht mehr kostet, zu vertauschen. — Gedacht, gethan. — Man kündigt also und begibt sich auf die Wohnungssuche. Trepp' auf, Trepp' ab, von Haus zu Haus, von einer Straße zur andern geht die Wanderung, und nach tagelangem rastlosem Suchen kommt man zu der Erkenntnis, daß es mit der erhofften Verbesserung für die Mieter kleiner Wohnungen nichts ist. Die Mietpreise sind in den letzten Jahren gerade für kleine Wohnungen so in die Höhe getrieben, daß der Besitzer eines größeren Hauses ohne Bedenken die eine oder andre Wohnung leer stehen lassen kann und doch noch sein Geschäft macht. Deshalb denkt er auch nicht an eine Herabsetzung des Preises. Die glücklichen Eigentümer neuerbauter Häuser haben schon gar nicht nötig, sich bei der Festsetzung der Mietpreise in bescheidenen Grenzen zu halten, denn sie werden ihre Wohnungen los „wie die warmen Semmeln“. Nicht nur in der inneren Stadt, wo ja die Wohnungen mehr und mehr durch Geschäftslöcher verdrängt werden und deshalb der Nachfrage nach Wohnräumen nicht genügt werden kann, sondern auch in den Außenvierteln, bis an die Grenzen der Stadt werden kleine Wohnungen gerade in neuerbauten Häusern mit Vorliebe gesucht, meist wohl deshalb, weil sie doch ein wenig bequemer eingerichtet sind, etwas mehr Luft und Licht gewähren, wie die Wohnungen in alten Häusern mit engen Höfen und finsternen Treppen. Kaum ist ein Haus im Rohbau fertig, so finden sich auch schon Wohnungssuchende ein, und sie mieten, obgleich viele von ihnen sich noch gar keine klare Vorstellung davon machen können, wie die Wohnung im fertigen Zustande aussehen wird. Bei so starker Nachfrage ist es natürlich nicht zu verwundern, daß die Hausbesitzer auf hohe Mietpreise halten; wundern kann man sich vielmehr darüber, daß sich immer noch genug Mieter kleiner Wohnungen finden, die im stände sind, die horrenden Mietpreise zu zahlen. So werden beispielsweise in einem Neubau in der inneren Luisenstadt für eine aus zwei einsenzimmrigen Zimmern nebst Küche bestehende Hofwohnung 550 Mark gefordert, und trotzdem sind in dem Hause, obgleich es kaum über das Stadium des Rohbaues hinaus ist, schon längst sämtliche Wohnungen zum 1. April vermietet. Im ängstlichen Osten der Stadt, also in einer Gegend, wo fast nur Proletarier wohnen, liegen die Verhältnisse für den Mieter auch nicht viel günstiger. In Häusern, die erst zum 1. April bezogen werden können, sind gegenwärtig alle kleinen Wohnungen bereits vermietet, und zwar zu Preisen, die hinter den in der inneren Stadt geforderten höchstens um den Betrag des Jahresgeldes zurückbleiben, welches der Mieter ausgeben muß, um zu seiner Arbeitsstätte zu gelangen. — So kommt der Wohnungssuchende nach tagelangem Laufen zu der Ueberzeugung, daß er aus dem Regen in die Traufe kommt. Er wechselt seine Wohnung, aber er verbessert sich nicht. Ueberall ist er ein Ausbeutungsbild für den oft nur nominalen Hausbesitzer, hinter dem Baumunternehmer, Grundstücks-Wucherer und Geldgeber stehen, ihren Tribut fordernd von dem kleinen Wanne, der nicht selten den dritten Teil seines Einkommens für eine recht bescheidene Wohnung zahlen muß.

In der gestrigen Sitzung der städtischen Stadtdeputation führte der Vorsitzende Bürgermeister Dr. Reide den Stadtrat Bensch als Mitglied der Deputation in sein neues Amt ein. Auf der Tagesordnung stand u. a. die Aufstellung von Plänen für den „Nordpark“. Nach längerer Erörterung wurde beschlossen, den Magistrat zu erziehen, sich damit einverstanden zu erklären, daß zur Gewinnung von Plänen u. c. für die Ausführung des „Nordparks“ eine öffentliche Ausschreibung erlassen wird und dafür 10.000 M. bewilligt werden. Maßgebend für diesen Beschluß war, daß durch eine Ausschreibung auch weiteren Kreisen Gelegenheit gegeben wird, sich zu beteiligen, und dadurch die eine oder andere neue Idee bei der Ausführung benutzt werden kann. Das kupperte Terrain der Rehberge bietet für die Gartenbaukünstler vieles, was zu einer neuen schöpferischen Idee führen könnte und Gartenbau-Direktor Wählig ist die geeignetste Person, grobangelegte Pläne in würdiger Weise auszuführen, zu ergänzen oder event. auch umzugestalten. Weiter wurde beschlossen, im Interesse des Publikums den Leich im Friedrichshain für die Eiszeit freizugeben. Die Eisbahn soll an einen Unternehmer verpachtet werden, mit der Verpflichtung, an bestimmten Tagen und Stunden den Berliner Gemeindeschülern den Eislauf ohne Entgelt zu gestatten. Ferner wurde die Hergabe eines Terrains im östlichen Teil des Humboldthains zur Verbindung der Hoch- mit der Behmstraße und eine Beteiligung an der Däffelbacher Gartenbau-Ausstellung beschlossen.

Die Berliner Rechtsanwalte haben sich kürzlich mit einer Petition wegen Änderung der bestehenden Anwaltsordnung an den Berliner Magistrat gewandt, wobei sie die Bitte aussprachen, sich der Petition anzuschließen, und zwar dahingehend, daß auch der Magistrat die Zulassung der Berliner Anwalte simultan bei sämtlichen Berliner Landgerichten befürworten möge. Der Magistrat hat daraufhin beschlossen, selbständig zu petitionieren, auf die Nachteile hinzuweisen, die durch die Teilung in drei Landgerichts-Bezirke entstehen, und auf die Schwierigkeiten aufmerksam zu machen, die dem rechtsuchenden Publikum durch eine Teilung der Stadt und eine Vergrößerung der Vertretung erwachsen, falls die Anwalte nur bei einem Landgericht zugelassen werden und bei den übrigen sich durch Kollegen ständig vertreten lassen müssen.

Eine lächerliche Befehrerung für die Berliner Bevölkerung hält Professor Adolf Wagner bereit. In der Gesellschaft für soziale Reform ließ der bekannte Nationalökonom sich über Berliner Steuerfragen aus und redete gar eifrig den indirekten Steuern das Wort. Wenn er sich auch nicht die Bedenken verhehlt, die in Staat und Kommune gegen das System der indirekten Verbrauchssteuern geltend zu machen sind, so sollte man doch der Frage näher treten. Tabak und Alkohol, diese „natürlichen indirekten Steuerobjekte“, sollten auch die Kommunen zur Besteuerung herangezogen werden, um so mehr, da sie vom Staat lächerlich niedrig belastet werden. Redner denkt dabei an eine Lizenzsteuer, mit der man in Elb-Lothringen gute Einnahmequellen sich erschließen habe. Ein weiteres Muster bietet England. Redner empfiehlt dann die Einführung der Luftfahrzeugsteuer, die aber so eingerichtet werden müßte, daß auch die Luftarbeiter der höheren Stände getroffen würden. Dagegen könne er der Hundesteuer nicht das Wort reden, und er bezweifelt nicht, wie man diese Abgabe noch verdoppeln würde, da der Hund in so vielen Fällen die einzige Freude seines Herrn bilde. — Hunde und Hundebesitzer werden Herrn Wagner dankbar sein für die Fürsorge, die er ihnen widmet. Die Menschheit aber wird seine kommunalen Steuerbegleichungspläne ebensowenig schmadach finden, wie die indirekte Besteuerung durch den Staat, deren wir uns erfreuen.

Hinter Schloß und Riegel gebracht hat die Kriminalpolizei in letzter Zeit mehrere Eindringlinge. Der oft bestrafte Einbrecher Philippott, der in gewissen Streifen unter dem Namen „Vieschen“ bekannt war, hatte eine aus acht jugendlichen Durchen bestehende Bande gebildet, die für ihn kassieren und andern Kassieren halfen. Zum großen Teil waren es Durchen, die ihren Eltern oder aus der Fürsorge-Erziehung entlaufen waren. Aus den herrschaftlichen Wagen, die in der Weihnachtszeit vor den Kaufhäusern hielten, stahlen sie die Decken, von der Geschäftsauslagen alles, was sie nur bekommen konnten. Durch fortgesetzte Beobachtungen gelang es dann nach und nach, die Mitglieder der Bande, die fast alle unter 18 Jahren sind, und ihr Oberhaupt abzufassen. — In der Jäbenstr. 50 wurde gestern ein Verbrechensnest ausgehoben, auf das die Polizei schon lange ein wachsames Auge hatte. In der Wohnung einer Dirne J. hatte die Polizei schon oft Nachsuche gehalten, weil die Person unter dem Verdachte der Dieberei stand, da sie unter ihresgleichen einen schmutzhaften Handel mit allerhand Waren trieb. So oft die Beamten an ihrer Wohnung klingelten, entwichen sie und ihre Helfershelfer durch einen Ausgang nach dem Dach des Nachbarhauses. Gestern nun gelang es durch Befragung des Daches, die J. und vier ihrer Complicen zu überwältigen und nach dem Polizeigewahrsam zu bringen, wozu auch die Wohnungsinhaberin folgen mußte.

Sechs Opfer des Eisports. Der Eisport, der am Sonntag alle Schlittschuhbahnen in und um Berlin bei dem schönen Wetter mit zahlreichen Besuchern füllte, hat auf der Havel und der Spree schwere Unglücksfälle im Gefolge gehabt. Eine ganze Anzahl von Personen ist eingebrochen, wobei sechs Menschen ums Leben gekommen sind. Uns wird berichtet:

Am gestrigen Sonntag liefen auf den großen Seen, wie Müggel-, Wann- und Tegelersee Tausende Schlittschuh oder fuhren mit Eisjochten und Eisflößen. Aber auch die vielen kleinen Seen, wie Schlachtensee, Hundeshlen-, Halen-, Teufels-, Pech- und Kochsee usw. waren von früh an besucht. Auch auf der Havel, Spree und den Kanälen wurde von Jung und Alt dem Eisport gebuhlet. Die schöne Lust des Eisports führte leider auch zu tiefer Trauer; es waren zahlreiche Unglücksfälle zu beklagen. Aus Potsdam wird gemeldet, daß mittags auf der Havel zwischen Sackrow und Kooziate fünf Personen beim Schlittschuhlaufen eingebrochen sind. Eine Dame, die Tochter des Kunstverlegers Kirnse aus Halensee und zwei Herren sind ertrunken. Die beiden andren Herren, Brüder der genannten Dame, wurden gerettet. (Im vorigen Winter ertranken ebenfalls beim Eislauf zwischen Sackrow und Moorlake drei Personen, ein Oberlehrer aus Steglitz und zwei junge Damen.) An dieser Stelle, wo der Fluß durch das enge Bett in verhältnismäßig harter Strömung geht, ist das Eis auch bei großer Kälte häufig unsicher. — Auf der Wannsee-Eisbahn, wo nach bis in die Abendstunden hinein starker Verkehr herrschte, verunglückten die beiden Pfortner Hoppe und Hillig unter dem Eis, und Doppel konnte gerettet werden. Hillig ertrank unter dem Eis, und seine Leiche konnte bisher noch nicht geborgen werden. — In der Mitte des Gatower Sees zwischen Gatow und Schildhorn brach gestern Mittag ein Berliner Schlittschuhläufer ein, weil dort das Eis nur eine geringe Stärke hat, da erst vor wenigen Tagen ein Schleppe-dampfer hindurchgefahren war. Ein anderer Schlittschuhläufer versuchte ihm Hilfe zu bringen; er geriet aber selbst in größte Lebensgefahr. Beide wurden von Gatower Fischern und Wenhornern von Schildhorn, die nähre über das Eis herankamten, nach dreiviertelstündiger gefährlicher Arbeit gerettet. Bei Spandau ist ein Schullehrer ertrunken. — Auf der Obersee ist ein Fräulein Schneider ertrunken, die Tochter eines Bahnbeamten aus Rummelsburg. Das Mädchen war in Ober-Schöneweide bei Verwandten zu Besuch und wollte sich trotz vorheriger Warnungen auf das Eis. Bald brach das Eis unter ihr zusammen, und die Unglückliche ertrank, ehe Hilfe zur Stelle war. Die Leiche konnte noch nicht geborgen werden. — Einen glücklichen Ausgang nahmen Unfälle auf dem Eis, die sich gestern auf dem Müggel- und Tegeler See ereigneten. Auf dem Müggelsee sollen im ganzen dreizehn Personen eingebrochen sein, fünf in der Nahnsdorfer, die andern in der Friedrichshagener Gegend. Wenau ließ sich die Zahl

nicht ermitteln. Die Verunglückten wurden alle gerettet, soweit sie überhaupt in Lebensgefahr schwebten. Wenn gesagt wird, das Eis sei infolge des Tauwetters bereits brüchig geworden, so trifft das nicht zu. Es ist so hart und so fest, daß es noch geraume Zeit gehalten hätte, auch wenn heute nicht wieder Frost eingetreten wäre. Die Unfälle haben mit einem Witterungseinfluß nichts zu thun, sind vielmehr durchweg auf eigene Unachtsamkeit der Verunglückten zurückzuführen, die auf die Warnungszeichen nicht genügend achteten. Wohl mit Rücksicht auf die gestrigen Unglücksfälle erinnert zur Verbeugung von Unglücksfällen auf dem Eise der Polizeipräsident daran, daß das unbefugte Betreten des Eises sowie das unbefugte Schlittschuhlaufen auf den hiesigen Gewässern verboten ist. Die Polizeibeamten seien angewiesen worden, gegen derartige Uebertretungen ohne Nachsicht einzuschreiten.

Paul Münder gestirbt. Am Sonnabendabend sollte zum erstenmal der Rennfahrer Paul Münder im Circus Busch die unterbrochene Schleißenfahrt ausführen. Das Publikum mußte aber auf diese Sensation verzichten, da Münder am Vormittag bei der Probe gestirbt war und infolgedessen am Abend nicht auftreten konnte.

Unschuldig verhaftet. Wie notwendig die Entschädigung unschuldig verhafteter und nicht nur der unschuldig verurteilten Personen ist, zeigt folgender Fall einer ungerechtfertigten Verhaftung. Ein Herr R. lernte im Jahre 1900 ein Mädchen Namens Kempf kennen, das unter dem Namen „Lucie“ den Besuchern von Nachcafés und nächtlichen Tanzlokalen bekannt, sodann auch als Kellnerin im „Sportsman“ und der „Fischen Madchen“ tätig war. Sie machte den Eindruck einer etwa 25-jährigen, tatsächlich zählte sie aber noch nicht 18 Jahre. Die Beziehungen zwischen beiden, die sich damals nur einmal trafen, wurden erst im Jahre 1902 enger. R. wollte damals als Monteur nach England reisen und wurde von der R., die ihm hoch und heilig versicherte, sie sei über 21 Jahre alt, gebeten, sie nach England mitzunehmen, weil sie sich dort eine Stellung suchen wolle. Das Paar lebte ungefähr ein Jahr in London und kehrte vor kurzem nach Berlin zurück. Der nichts ahnende Herr R. wurde hier eines Tages plötzlich verhaftet und erfuhr nun zu seinem Erstaunen, daß gegen ihn eine Strafverfolgung wegen Entführung einer Minderjährigen eingeleitet worden sei. Vom 28. Oktober bis 9. November 1903 war Herr R. in Untersuchungshaft, dann wurde er auf Antrag des Rechtsanwalts Bahn entlassen. Es stellte sich nämlich heraus, daß überhaupt ein gültiger Strafantrag nicht vorlag. Die Anzeige war von der Mutter der R. erstattet worden, diese aber besaß kein Recht zur Stellung eines Strafantrages, da der Vater der R. noch am Leben war. Dies hatte der die Verhaftung verhängende Richter übersehen. Wer entschädigt nun Herrn R. für die materiellen und ideellen Folgen seiner Verhaftung?

Die zerstückelte Leiche eines neugeborenen Kindes fanden Arbeiter am Sonnabend beim Ausräumen eines verstopften Abortrohrs in einem Grundstück am Grünen Weg. Als verächtlich wurde die vor sieben Monaten dort dienende Magd Anna Rothmager auf telegraphische Anweisung in ihrer Heimat Pittschau in Schlesien verhaftet und zur weiteren Veranlassung hierher gebracht.

Von Stufe zu Stufe. Ein hiesiges Blatt erzählt folgende Geschichte: In dem Jahr eines Hauses in der Gaussestraße fand man Sonnabendabend ein etwa 24-jähriges junges Mädchen in total betrunkenem Zustande auf, in dessen Begleitung sich eine Prostituierte aus der Linienstraße befand, die die Umstehenden unter Tränen sah, ihr doch beim Transport der Betrunkenen nach ihrer gemeinsamen Wohnung behilflich zu sein. Auf Befragen erzählte die Prostituierte folgende romantisch klingende Geschichte. Ihre „Freundin“, welche sie erst seit einem Vierteljahr kenne und die eine verhängnisvolle Vorliebe für alkoholische Getränke habe, sei die Tochter eines hohen ostpreussischen Verwaltungsbeamten. Die Familienverhältnisse im Elternhause waren aber sehr unglücklich, denn die Mutter, die nebenbei dem Alkohol sehr zugethan war, unterhielt ein unerlaubtes Liebesverhältnis mit einem Regierungsassessor. Der kaiserliche Vater, der bedeutend älter war als seine Frau, konnte die Ehe nicht überleben und beging Selbstmord, indem er sich auf dem Futterboden seines Pferdestalles aufhing. Diese trüben Familienverhältnisse blieben nicht ohne Einwirkung auf die Kinder, und die älteste Tochter, eine pikante Schönheit, sank schließlich zur Prostituierten herunter. Bemerkenswert sei noch, daß der Liebhaber, der damalige Assessor, gegenwärtig in Berlin Geheimrat ist und eine sehr bevorzugte Stellung einnehmen soll.

In der Werkstatte tot aufgefunden wurde am Sonntagmittag der 45 Jahre alte Schleifer John aus der Rosenstr. 7 zu Kiezdorf, der seit drei Jahren in der Schleiferei von Wühl, Brandenburgerstr. 6, beschäftigt war. John wollte am Sonntag eine kleine Ausbesserung vornehmen. Als etwas später der Schleifer Graner in die Werkstatte kam, um ihm zu helfen, lag John neben der Maschine tot auf dem Fußboden. Ein Arzt gab als mutmaßliche Todesursache Gehirnschlag an.

Feuerbericht. Die Brandchronik der letzten 24 Stunden ist eine ungewöhnlich reichhaltige, denn sie weist über drei Dutzend Alarmierungen auf. Sonntagmorgen wurde die Wehr nach dem Herrenhaus in der Leipzigerstr. 4 gerufen, weil dort durch Unachtsamkeit im Zimmer 120 Vorhänge der Fußboden und Decken in Brand geraten waren. Auch in der Kaiserstr. 36, Papestr. 1, Pappelallee 4, Solmsstr. 10, Glogauerstr. 31, Reichenergerstr. 63, Schillerstr. 19 und in der Königstr. 48 mußten ähnliche Feuer abgelöscht werden. Möbel, Portieren, Kleider, Gardinen usw. wurden im wesentlichen in allen diesen Fällen beschädigt. In der Alten Leipzigerstr. 10 ging der Inhalt eines Schaufensters in Flammen auf, während in der Gohlerstr. 32 auf der städtischen Müllabfuhrstelle ein Brand entstand war. Alertei Gerimpel, Risten, alter Hausrat und Packmaterial wurde abends in der Kurfürstenstr. 102, Mühlenerstr. 3 und in der Reintendorferstr. 29 eingeschert. Zur selben Zeit kamen in der Dresdenerstr. 94 und in der Verlingierstr. 19 Küchenbrände aus, die neben Wäsche auch den Fußboden beschädigten. Regale mit Inhalt brannten in der Turnstr. 47a und Wäschebündel in der Mühlstr. 11. Gegen 9 Uhr entstand in der Rammstr. 24 in einer Tischlerei ein Brand, der an den dort lagernden Holzern reiche Nahrung gefunden hatte und daher längere Löschfähigkeit erforderte. Eine Bäckerei brannte gleichzeitig in der Gräferstr. 10. Die übrigen Alarmierungen, die im Laufe des Sonntags von der Friedrichstr. 248, Leipzigerstr. 6, Kottstr. 31, Drantenstr. 20, Großbeerenstr. 62, Weichenburgerstr. 8, Köpnickstr. 49, Reibstr. 4, Feldstr. 1, Gohlerstr. 32, Dresdenerstr. 63, Graunstr. 3, von dem Sinesaplay 3 usw. einliefen, betrafen Brände, die teils vor Anbruch des ersten Schlags von Hausbewohnern beseitigt waren, teils die Wehr nur wenige Minuten beschäftigten.

Die Freie Volksschule hat am Sonnabend im Riesenaal der Neuen Welt ihr Kostümfest abgehalten. Ein Vochanal voll überströmender Lebensfreude war es eigentlich nicht. Die Mitglieder waren allerdings so zahlreich erschienen, daß die weiten Räume im Gedränge kaum ausreichten, aber sie vergaßen anscheinend, daß ihnen eine andre Aufgabe als die gewöhnliche zugefallen war. Man kam nicht so recht aus der Passivität des Zuschauers heraus und überließ die aktiven Burzelbäume einer Elite, die sich in Begeisterung für die gute Sache zur Willkürfähigkeit aufgeschwungen hatte. Ein bekanntes Mitglied der Freien Volksschule, dem die Hingebung für alles Gute, Edle und Schöne im Worte steht, hatte lähu die Leiter ergriffen und mit ihrer Hilfe ein ergreifendes Bild aus einer kleinen türkischen Garnison entworfen. Es kam in diesem Drama alles ans Rampenlicht, was staatsverhaltend wirkt, vom Sultan bis zum Kamel herab, und streng staatsverhaltend war daher auch die Leinwand des Stückes. Das schöne Vorbild des türkischen

Herrschers, der sich aus Liebe zu seinem Volke sogar mit dem Gedanken der Auswanderung vertraut macht, wird gewiß liberaler Behandlung erregt haben. Die Schlichter Bauern, der Komiker Kettner und einige andre ausserlebens Gäste trugen ebenfalls ihr Teil zur Unterhaltung bei; und wer zur Wissenschaft stärkere Neigung zeigte als zur Kunst, dem bot sich im Karitätenkabinett eine reiche Auswahl sonderbarer Naturerscheinungen dar. Kurz an Unterhaltung fehlte es nicht. Aber so vergnügt es auch im Publikum zuzuging, karnevalistisch war die Stimmung doch nicht recht. So etwas liegt dem Berliner und vor allem dem Berliner Arbeiter nun einmal nicht. In später Stunde wurden die Prämien ausgeteilt, die sehr sorgfältig zusammengestellt waren. Das schönste Damenloftstück wurde mit einer Gans ausgezeichnet; um aber zur Beihelfunde der Abstammungsbewegung gerecht zu werden, erhielt der hübsche junge Mann, der in Sammet und Seide herumstolzte, einen ganzen Kasten mit Selterwasser als Prämie. Unter den Charakterloftstücken fiel ein Stückblatt: Fabrikant, Gendarm, Pastor und Arbeitswilliger aus Chemnitz wohlgefällig auf. Es soll sehr spät geworden sein, als die letzten Gäste sich zum Aufbruch rüsteten und als dann der Vorstand den Kassenerfolg überschaut, ging ein Lächeln der Zufriedenheit über sein Antlitz. Die Freie Volksbühne kann den Ueberflus zu Zeit gerade gebrauchen.

Das Apollo-Theater hatte sich Sonntagmorgens mit einem in zweifacher Hinsicht seltenen Ereignis zu befassen. Der Oberregisseur dieser Bühne, Herr Worms, feierte sein 30jähriges Bühnenjubiläum und aus diesem Anlaß wurde eine Operette von Genée, nämlich die prächtige „Kanon“ gegeben. Operetten werden zwar alle Tage im Apollo-Theater aufgeführt und zwar stets solche mit blendender Ausstattung. Aber eben deswegen ist ein Singspiel, das auf alle Beleuchtungs-Effekte getroffen verzichtet kam, an dieser Stelle etwas ebenso Seltsames wie im allgemeinen eine 30jährige Jubelfeier. Vor zwanzig Jahren hat der Gesang des Publikums sich noch nicht für die heute übliche „Kantatstrichtung“ begeistern können, die eine angenehme Musik nicht minder überflüssig macht wie ein angenehmes Spiel. Unter Berücksichtigung dieser Umstände war der Jubilar so glücklich, sich Kräusen Doninger vom Theater des Westens für die Titelrolle und Herrn Philipp vom Opernhaus für die Rolle des 2. Kubigns zu verschreiben. Beide entzieten dank ihrer Stimme und ihres hübsch pointierten Spiels wohlverdienten Beifall. Auch Herr Worms, der den Abbe, eine ihm altgewohnte Rolle, darstellte, wußte sich hierin, selbstverständlich mit Spitzfindigkeit zurechtzufinden. Das übrige war aber zum Teil bedenklich. Wohl spielten Herr Niek und Herr Steidl sich leidlich in ihre komischen Rollen hinein, aber die Damen des Apollo-Theaters waren denn doch nicht recht auf „Kanon“ eingerichtet. Aber der gute Zweck der Vorstellung gebietet über solche Kleinigkeiten hinwegzusehen. Alle meinten es gut mit ihrem Oberregisseur und das zahlreich erschienene Publikum nicht zum wenigsten.

Zum Berliner Zoologischen Garten ist seit kurzem eine weiße Fruchttaube ausgeföhrt. Das stattliche Tier ist im neuen Vogelhaus neben den Raubornvögeln untergebracht, wo es, wie die meisten Fruchttauben, mit Mohrrüben, Reis, Früchten und Ei ernährt wird. Alle weißen Fruchttauben, deren es mehrere, sehr ähnlich gefärbte Arten gibt, bewohnen Neu-Guinea und die benachbarten Gebiete und ziehen oft in großen Horden, die wieder aus einzelnen Schwärmen bestehen, in denen die einzelnen Vögel in gerader Linie neben einander fliegen, von einer Insel zur andern, um tragende Fruchtbäume aufzusuchen. Wie alle Fruchttauben haben auch sie einen außerordentlich weitläufigen Schwanz und Darm, der es ihnen ermöglicht, über waldumhüllte Früchte zu verschlucken, deren weiche Schale verdaut und deren mit harter Schale umgebener Kern unverkaut ausgeschieden wird.

Aus den Nachbarorten.

Der „Gemeindefumpf“ von Wilmersdorf.

In diesen Tagen haben an unserm Ort liberale Männer gezeigt, daß die Unentwegtheit doch kein leerer Wahn ist. Es handelt sich um eine Entbedungsfrage, deren Ziel zwar nicht des Südpols nie gekante Sterne waren, sondern der heimische Herd, und zwar ist als Forschungsergebnis bekannt gegeben worden, daß dieser Herd ein Korruptionsherd sei. Das mag bei Erfraunen weiden, sowohl wegen des Ergebnisses als auch um der Persönlichkeiten willen, die diese Frucht vom Baume kommunalgeographischer Erkenntnis gepflückt haben. Denn man darf es wohl als gerichtsnotorisch hinnehmen, daß beim Geldverdienen gerade die Gewächserben liberaler Männer eifrig gepanzert in die Erziehung treten und so leicht von üblen Dünsten nicht indiguiert werden. Sieht man genauer nach, so ergibt sich denn auch, daß es mit dem Wilmersdorfer Korruptionsfall sehr eignes Bewenden hat.

Die Angriffe aus liberalen Kreisen sind erfolgt wegen des Einkaufs eines Grundstücks an der Westseite des Wilmersdorfer Sees, das die Gemeinde zum Ausbau ihrer Parkanlagen benötigt. Das Terrain befand sich seit fünf Jahren im gemeinsamen Besitz der Gemeindefrauen Ramath und des Ingenieurs Reumeyer. Bevor diese Herren es wie es heißt für den Preis von 118 000 M., wozu noch 20 000 M. Ausgaben für Aufschüttungsarbeiten kommen sollen, in ihren Besitz brachten, war es zu einem ähnlichen Preise der Gemeinde zum Kauf angeboten, von dieser jedoch ausgeschlagen worden. Jetzt ist die Gemeinde in der Zwangslage, dies Grundstück an sich zu bringen, weil sie es, wie gelangt, für öffentliche Zwecke haben muß, und es entstand bei den Beratungen über den Erwerb die Frage, ob es durch Erprobation oder freihändig am vorteilhaftesten zu erlangen wäre. Es wurden von den beiden Besitzern gefordert für 533 Quadratrudden aufgeschüttetes Sumpfland und 305 Quadratrudden als Bauland bezeichnetes Land zusammen 410 000 M.; die Gemeinde erhielt dies Terrain für 400 000 M. Beim Kauf wurde in Erwägung gezogen, daß den Besitzern eines in der nächsten Nähe des in Betracht kommenden Grundstücks gelegenen Terrains 165 M. für die Quadratrudden Sumpfland geboten worden sind, während man Bauland in der beobachteten Straßensituation vor kurzem mit 1080 M. und 1030 M. die Quadratrudden bezahlt hat. Die Grunderwerbs-Deputation legte bei der Eingehung des zu erwerbenden Geländes für das Sumpfland den Preis von 165 M., für das Bauland den Preis von 900 M. als Wert zu Grunde und kam so zu dem Resultat, daß das Terrain einen Wert von 415 245 M. habe. Gekauft wurde das Grundstück, wie erwähnt, für 400 000 M. Gegenüber dem Bedenken, ob man es in dem als Bauland bezeichneten Gelände auch mit wirklichem Bauland zu thun habe, wurde geltend gemacht, daß bereits 1897 ein eingereichtes Baugesuch für das Terrain, das aber nicht ausgeführt wurde, von der Behörde geprüft und bewilligt worden ist. Die Grunderwerbs-Deputation zog hierbei noch folgenden Umstand in Betracht: Die Gemeinde hat im letzten Frühjahr den östlich von dem in Frage stehenden Terrain gelegenen Seepark zu dem nach damaligen Schätzung wohlfeilen Preise von 321 M. für die Quadratrudden erworben. Vergleicht man mit diesem Kauf den Erwerb des Ramath-Reumeyerischen Grundstücks, so ergibt sich, daß dafür im Verhältnis 19 000 M. mehr gezahlt sind, wobei noch zu erwägen ist, daß die projektierte Straße durch den Seepark noch nicht vorhanden ist, die Schrankestraße aber, an der das jetzt gekaufte Grundstück liegt, als fertige Straße bereits bebaut wird. Unter Berücksichtigung dieser Umstände nahm man an, daß bei einer gerichtlichen Vergütung des Grundstücks ein wesentlich höherer Preis als der geforderte herauskommen würde. Es verlautet übrigens, daß die Herren Ramath und Reumeyer, um üblen Nachreden aus dem Wege zu gehen, sich bereit erklärt haben, den Kauf wieder rückgängig zu machen; auch haben die sozialdemokratischen Gemeindeverordneten durch eine Interpellation dafür gefordert, daß die in dieser Angelegenheit erhobenen Angriffe in der Gemeindevertretung öffentlich zur Sprache kommen. Was den Wortlaut betrifft, daß der Kauf in geheimer Sitzung erledigt ist, so wird darauf hinzuweisen sein, daß

Grunderwerbs-Angelegenheiten aus stichhaltigen Gründen allgemein geheim beraten werden.

Betrachtet man nach diesem die Sachlage, so ergibt sich, daß in der Gemeindevertretung von unläuterer Nachschaffen keine Rede sein kann. Wohl aber zeigt dieser Fall besonders drastisch, wie auf dem Gebiete der Baupolitik fast mühelos immense Reichthümer erworben werden. Vor fünf Jahren hätte die Gemeinde das Land, das sie jetzt für 400 000 M. gekauft hat, für vielleicht noch nicht den dritten Teil dieser Summe an sich bringen können; der Mehrbetrag fällt jetzt der Privatspekulation zu. Sieht man von den paar Bodenreformern ab, so war es bisher einzig die Sozialdemokratie, die darauf hingewiesen hat, daß ein solcher Zustand ungeheuerlich und auf die Dauer unentraglich ist, wenn man auch Einzelpersonen für diese erst mit der kapitalistischen Ordnung der Dinge zu beseitigenden Verhältnisse nicht zur Rechenschaft ziehen kann. Wissen möchten wir aber, ob unter den liberalen Männern, die jetzt, wo die Zeit der Gemeindevahlen heranrückt, ein so mörderisches Geschrei erheben, auch nur einer gewesen wäre, der als Besitzer des streitigen Grundstücks nicht nach Kräften seinen Vorteil wahrzunehmen verstanden hätte? Prüft man diesen und jenen der Unentwegten auf Herz und Nieren, so mag das Resultat herauskommen, daß nicht so sehr die Sorge um den Geldbeutel der Gemeinde, als die Betrübnis darüber, daß kein Hüter des liberalen Prinzips das Fett abschöpfen konnte, den Lärm in die Welt gesetzt hat.

Aus der Spandauer Stadtverordneten-Versammlung. Sehr schmerzlich wurde dem Oberbürgermeister offensichtlich die Einführung der neu- und wiedergewählten Stadtverordneten; befanden sich doch unter diesen vier Sozialdemokraten, mit welchen die Zahl unserer Mandate im Stadthaus nun 12 erreicht. Die Vorstandswahlen ergaben die Wiederwahl des vorjährigen Vorstandes. Unsere Genossen hatten mit Rücksicht darauf, daß sie nun vollkommen die dritte Abteilung beherrschten, die Entmündung eines Postens im Vorstande verlangt. Damit kamen sie aber bei den bürgerlichen Stadtvätern schon an; für Scholz (Soz.) wurden nur die 12 Stimmen unserer Genossen abgegeben.

Hierauf gab der Vorsitzende davon Kenntnis, daß die sozialdemokratischen Stadtverordneten folgenden dringlichen Antrag eingebracht hätten:

- 1. Einlegung einer Kommission zur Untersuchung der gegen die Verwaltung der städtischen Gasanstalt vorliegenden Beschwerden.
2. Sofortige Ergreifung von Maßnahmen zur Revision des von dem bisherigen Materialienverwalter zurückgelassenen Lagers und zur Anstellung eines neuen Verwalters.

Die Dringlichkeit begründete kurz Stadtv. Rieger (Soz.); die Versammlung erlaubte dieselbe jedoch mit allen gegen die Stimmen der Antragsteller nicht an, so daß der Antrag erst in nächster Sitzung verhandelt werden wird.

Die Neuwahl des VI. Ausschusses ergab sofort wieder neuen Konfliktstoff. Stadtv. Jenne (lib.) empfahl mit Rücksicht auf das jetzige Stärkeverhältnis, den Sozialdemokraten zwei Sitze in diesem Ausschuss (der die Wahlen für die Kommissionen und Deputationen vorbereitet) einzuräumen. In Anknüpfung hieran wurden von der sozialdemokratischen Fraktion die Stadtv. Pieper und Scholz präsentiert. Um nur einen Keil zwischen unsre Genossen zu treiben, schlug der bürgerliche Stadtv. Kersten noch unsren eben eingeleiteten Genossen Dusch vor. Durch diese Keiltreiberei ergab sich nun folgendes Resultat: Pieper erhielt 22, Scholz 15 (sozialdemokratische und bürgerliche), und Dusch 18 (rein bürgerliche) Stimmen, so daß schließlich nur Genosse Pieper allein die Majorität erhielt. Dieser hinterhältige Ueberfall soll den bürgerlichen Herren unbergessen bleiben. Bei der Beratung des Stützungsstellen-Etats montierten noch unsere Genossen Pieper und Rieger, daß die Verteilung der Stipendien sehr unbefriedigend sei, indem oft die Söhne reicher und reichster Eltern mit Stipendien bedacht werden.

Neu-Weihenste. In einer Bekanntmachung in den hiesigen Zeitblättern giebt der Gemeindevorsteher den Einwohnern folgendes zur Kenntnis: „Die am 6. Juni 1902 erfolgte Wahl des Restaurateurs Adolf Garz zum Gemeindevorstand ist durch Entscheidung des königlichen Oberverwaltungsgerichts vom 13. November 1903 für gütlich erklärt und der Beschluß der Gemeindevertretung vom 22. August 1902 aufgehoben worden.“ Es wird nunmehr dem Genossen Garz noch vergönnt sein, vor Ablauf seiner Wahlperiode Ende März d. J. einigen Sitzungen beizuwohnen. Auf Betreiben des Grundbesitzer-Vereins in seiner Zeit die Wahl für ungültig erklärt worden, weil diese Herren annehmen, daß der Erwerb von 1/2 des Hauses seiner Tochter nur eine „Schiedung“ sei. Das Gegenteil ist den Herren nun zum Ober-Verwaltungsgericht bewiesen worden und die nicht unterzeichneten Kopien des Streifenverfahrens fallen der sowieso schon hart belasteten Gemeinde zu. Die Herren Grundbesitzer hätten es wohl auch für selbstverständlich gehalten, daß ihr Kandidat, der von ca. 450 abgegebenen Stimmen nur 4 auf sich vereinigte, seinen Einzug in die Gemeindevertretung hielte.

Unsre Gegner scheinen sich zu den im März stattfindenden Neuwahlen ganz besonders stark rüsten zu wollen. Denn verschiedene Vereine, die sich sonst rühmen, keine Politik zu treiben, werden sich der Sozialdemokratie gegenüberstellen und gemeinsame Kandidaten aufstellen. Die sonst feindseligen Brüder des Hausbesitzer- und Grundbesitzer-Vereins werden gemeinsam mit dem Verein der Gewerbetreibenden und dem Gewerbeverein (!) den „roten Feind“ bekämpfen. Aber gerade die Mitglieder der beiden letztgenannten Vereine sollten sich dieses Bündnis reiflich überlegen. Sollten den Haus- und Grundbesitzern die Trauben allein zu fauer sein?

Johannisthal. Eine bedeutende kommunalrechtliche Entscheidung hat das Ober-Verwaltungsgericht gefällt. Der § 62 der Landgemeinde-Ordnung schreibt vor, daß bei der Gemeindevertretungswahl der als gewählt zu erachten sei, der die meisten Stimmen und zugleich mehr als die Hälfte der abgegebenen Stimmen erhalten habe. Im die Anwendung und Auslegung dieser Bestimmung handelte es sich nun in einem Rechtsstreit gegen die Gemeindevertretung von Johannisthal bei Berlin. Bei einer Gemeindevertretungswahl im Jahre 1902 fanden sich als Kandidaten gegenüber der Baumeister Schmidt und der Amtsbaumeister Josef Schmidt erhielt 3 Stimmen und Josef 5 Stimmen. Der Wahlvorstand erklärte aber die 3 Stimmen für Josef für ungültig und Schmidt mit seinen 3 Stimmen für gewählt. Er ging davon aus, daß Josef nicht wählbar gewesen sei, weil er noch nicht seit einem Jahre in Johannisthal wohnte und die vorher besessene Forstbesitzer-Eigenschaft, mit der das Wahlrecht so lange verbunden gewesen sei, durch seinen Zugang nach Johannisthal verloren habe. Die Herren Karl Ludwig und Wilhelm Lenz erhoben dergleichen Einspruch und klagten dann auf Ungültigerklärung der Wahl Schmidts, indem sie sich auf die oben citierte Bestimmung beriefen. Die Gemeindevertretung machte dagegen geltend, die ungültigen Stimmen Josefs zählten überhaupt nicht als „abgegeben“ Stimmen im Sinne des Gesetzes, so daß Schmidt thatsächlich die meisten und mehr als die Hälfte, nämlich alle bekommen habe. Der Kreisaustrich gab der Gemeindevertretung recht, der Bezirksausschuss Potsdam in dessen erklärte Schmidts Wahl für ungültig und das Ober-Verwaltungsgericht bestätigte diese Entscheidung mit der Begründung: Schmidts Wahl sei mit Recht für ungültig erklärt, weil er nicht die meisten Stimmen und nicht zugleich mehr als die Hälfte der abgegebenen Stimmen erhalten habe, mögen auch die übrigen Stimmen auf eine nicht wählbare Person gefallen sein.

Freundliche Bilder aus dem Eheleben entrollte eine gestern dem Schöffengericht sich abspielende Verhandlung gegen die Schlägergeheule August und Carl Brun und den Poetier Szvanski, die der thätlichen Beleidigung bezu. der Bedrohung beschuldigt waren. Der erste Angeklagte war mit einer jetzt erst zwanzigjährigen Frau etwa ein Jahr lang verheiratet, als das Eheglück schon in die Brüche ging. Nach der Verödierung der Frau hat ihr der Ehemann eines Tages die liebliche Alternative gestellt, entweder sofort freiwillig die eheliche Gemeinschaft aufzugeben oder etwas unfaßt hinausbefördert zu werden. Sie zog das erstere vor, packte ihre sieben Sachen zusammen und ging großend davon. Als Grund für diese Enttöndung gab der Angeklagte B. gestern an, daß, während er fleißig arbeitete, die Frau den Besuch von allerlei Mannspersonen empfangen. Die Ehefrau erklärte nun dem Gericht, daß sie nur Wiedervergeltung geübt habe: ihr Ehemann sei ihr mit bösem Beispiel vorangegangen und sie habe sich für berechtigt gehalten, dasselbe zu thun, wie er. Frau B. zog nach der Kirchhofstraße zu einer Freundin und scheint den kleinen häuslichen Zwischenfall nicht sehr tragisch genommen zu haben, denn sie ließ sich von ihm nicht abhalten, abendliche Konzerte und Vergnügungen zu besuchen. Ihren Ehemann aber wurmte es, daß sie bei ihrem Wegzuge auch ein Zadeit, eine Pelzboa, einen Hut und den Trauring mitgenommen hatte. Er hatte ihr diese Gegenstände seiner Zeit geschenkt und reklamierte sie als sein Eigentum. Er ließ der Frau dabei sagen: Wenn sie die Sachen nicht freiwillig herausgäbe, würde er sie losziehen; einen Revolver habe er schon gekauft. Vor Gericht behauptete er, er habe den Revolver nur zum Schutze seiner Schwiegermutter gekauft, denn diese habe die löbliche Absicht ausgeprochen gehabt, ihm bei passender Gelegenheit die Augen ins Gesicht zu spritzen. — Als am 8. November Frau B. in vollem Staat das Haus verlassen wollte, um sich wieder zum Vergnügen zu begeben, wurde sie auf dem Hausflur von kräftigen Armen gepackt und am Weitergehen gehindert. Ihr Ehemann und dessen Bruder hatten ihr aufgelauert und rissen ihr nun die Pelzboa und das Zadeit, welche Dinge sie freiwillig nicht hergeben wollte, einfach vom Leibe, während der Poetier ihr die Hand vor den Mund hielt, um sie am Schreien zu hindern. Auch ihr Portemonnaie wurde nach dem Trauring durchsucht, der aber nicht gefunden wurde. Mit dem Vergnügen für diesen Abend war es unter diesen Umständen natürlich vorbei. Frau B. suchte aber die ihr bereitete Schmach nicht ruhig ein, sondern erstattete Strafanzeige. — Das Schöffengericht hielt das Vorgehen der Angeklagten zwar für ein sehr brutales und tadelnswertes, ließ aber angesichts des ganzen Milieus Mitleid walten, indem es annahm, daß in Bezug auf moralische Qualifikation die Ehegatten wohl auf einer Stufe ständen. Der Ehemann wurde zu 40 Mark Geldstrafe event. 4 Tagen, die beiden Mitangeklagten zu 20 Mark Geldstrafe event. 4 Tagen Gefängnis verurteilt.

Durch ein Gerichtsurteil der Strafkammer Potsdam ist die Oeffentlichkeit der Reichstagswahl in Frage gestellt worden. Unser Parteigenosse, der Maurer Zimmermann aus Eiche, hatte sich wegen Hausfriedensbruchs zu verantworten. Vom Schöffengericht war er dieserhalb zu 3 Mark Geldstrafe event. 1 Tag Gefängnis verurteilt, wogegen er Berufung eingelegt hatte. Am 25. Juni, als die Stichwahl zwischen dem konservativen Kandidaten Fröhlermeister Pauli und unsrer Parteigenossen Rechtsanwalt Dr. Viehnecht stattfand, war Zimmermann als sozialdemokratischer Vertrauensmann beauftragt, in dem Dorfe Gohl bei Potsdam die Feststellung des Wahlergebnisses zu kontrollieren. Das Wahllokal befand sich im Schulischen Gasthof, woselbst in der Mitte des Saales der von allen Seiten zugängliche Tisch des Wahlvorstandes stand. Der Gemeindevorsteher Schweingruber wurde nun, als er die Wahlzettel verlas, von Wählern umringt, welche laut die Namen mit vorlesen. Dies störte ihn und er forderte deshalb die Umstehenden auf, drei Schritte zurückzutreten, was auch geschah. Der Angeklagte hatte diese Aufforderung nicht gehört und trat deshalb wieder hinter den Tisch des Wahlvorstehers, welcher ihn nun gewaltthätig zurückdrängte und ihn aufforderte, das Wahllokal zu verlassen. Die Parteigenossen des Angeklagten jogten ihn juristisch, er aber erklärte dem Wahlvorsteher, daß er dasselbe Recht habe im Saale zu verbleiben, wie dieser und blieb alldann im Wahllokal, worauf das Wahlergebnis anstandslos festgesetzt wurde. Das erste Urteil hatte dem Wahlvorsteher, trotzdem die Oeffentlichkeit der Wahl gesetzlich feststeht, das Recht zugehanden, Personen, welche die Ordnung im Wahllokal störten, wie dies der Angeklagte gethan, hinauszuführen. Von der Verteidigung wurde dagegen geltend gemacht, daß Zimmermann vollberechtigt im Wahllokal verweilt habe und der Wahlvorsteher allein nicht berechtigt war, ihn hinauszuführen. Der Gerichtshof bestätigte aber das erste Urteil.

Briefkasten der Redaktion.

Mitfühlende Seele. (Reihe D.-S.) Paul Postenlieferungsbureau haben Sie M. für die Ausgeherten in Grimmlinghau an das Gemeindefrauenbureau geschickt. Lüttichern können mir trotzdem darüber nicht, weil die Leitung von der Berliner Gemeindefrauenkommission im „Vorwärts“ ausgeht. Senden Sie sich in der Sache selbst habere nachmals an Herrn Köhler, Berlin, Angel-Ufer 15. Ihren Brief und den Schein werden wir an die gleiche Adresse senden. — Reichstag. Beginn der Verhandlung: Dienstag, den 12. Januar, nachmittags 2 Uhr. — Breslau. Die Beiträgen der Sozialdemokratie, beauftragt vom Reichstag Eugen Richters. Die Broschüre trägt von Bruno Geiser her, erdichten unter dem Pseudonym Kurt Hall. Preis des trefflichen Werkes 25 Pf. Von demselben Autor: Die kirchliche Kirche und der Sozialismus. Preis 30 Pf. Beides in der Vorwärts-Buchhandlung parat. — A. M. P. Erklärt sich sehr einfach: Durch ein technisches Versehen wurden in Nummer 7 des „Vorwärts“ allgemeiner und juristischer Teil des Briefkastens irrtümlich unter einer Rubrik gebracht.

Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Gebühren: 7 Uhr.

Richter 92. Leider ist nach der preussischen Gesetze-Ordnung das Gefinde zum Schadenersatz des durch sein Verschulden verursachten Schadens verpflichtet, die Herrschaft zur Aufrechnung gegen den Lohn verpflichtet. Die Frage, ob Verschulden vorliegt, ist vom Richter zu entscheiden. Die Ansicht des Richters neigt sich nach der bereits vor 100 Jahren ausgeprochenen Ansicht von Suarez in der Regel der Seite der Herrschaft zu. Ein Prozeß wäre also aussichtslos. — R. Richter. Liegt kein Scheidungsgrund vor, so kann eben gerichtliche Trennung der Ehe nicht erwirkt werden. — G. P. Wenn Sie zwei Söhne in verschiedenen Staaten haben, so kann nur in einem Staat Staatssteuer, an beiden Gemeinden aber Gemeindesteuer erhoben werden. — E. T. 100. Es liegt Verjährung des Strafantragsrechts des Lehrers vor. — Koch. Der Ausgang des Prozesses hängt u. E. davon ab, ob Richter seine Behauptungen beweisen kann. Auf den Fall bezügliche obergerichtliche Entscheidungen anzusehen, sind wir nicht in der Lage. — Fr. Weibel. Leider hätte ein Schadenersatz-Prozeß gegen die Gemeinde wenig Aussicht auf Erfolg. Veruchen Sie gütliche Einigung und eventuell das Ansuchen zwecks Prozeßführung zu erwirken. — G. P. Sie hatten keine Zeit wiederholt vor der Kaffe E. 126 gemerkt und ferner den Rat erteilt, schleunig mittels Einspruchsverfahren aus der Kaffe auszutreten. Da Sie den Rat nicht befolgt haben, sind Sie jetzt zahlungspflichtig.

Witterungsübersicht vom 11. Januar 1904, morgens 8 Uhr.

Table with 10 columns: Stationen, Barometer, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. u. G., Stationen, Barometer, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. u. G. Rows include Swinemünde, Hamburg, Berlin, Frankfurt a.M., München, Wien, Caparanda, Göttersburg, Carl, Oberden, Paris.

Wetter-Prognose für Dienstag, den 12. Januar 1904. Etwas mürmer, vielfach mäßig mit geringen Niederschlägen und ziemlich lebhaften südwestlichen Winden. Berliner Wetterbureau.